GLOBAL VIEW

2 | 2014

Preis:
3,– Euro

Unabhängiges Magazin
der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

Kampf für Gleichberechtigung

http://www.globalview.at

DVR: 0875538; Nr. 2/2014; ISSN: 1992-9889

INFORMATIONSWÜSTE?

GLOBAL VIEW ERÖFFNET PERSPEKTIVEN. 4 X JÄHRLICH. GRATIS-TESTABO: globalview@afa.at
Das Magazin für INTERNATIONALE POLITIK, DIPLOMATIE und KULTUR

photo sven pusswald | graphic design tina zoechling

Wir danken dem Naturhistorischem Museum (NHM) Wien für die Bereitstellung des Titelbilds (Venus von Willendorf). Eröffnet im Jahr 1889 ist das NHM mit etwa 30 Millionen Sammlungsobjekten und mehr als 750.000 Besucherinnen und Besuchern im Jahr eines der bedeutendsten naturwissenschaftlichen Museen der Welt. Seine frühesten Sammlungen sind über 250 Jahre alt, berühmte und einzigartige Exponate, etwa die 25.000 Jahre alte Venus von Willendorf, die vor über 200 Jahren ausgestorbene Stellersche Seekuh, riesige Saurierskelette sowie die weltweit größte und älteste Meteoritenschausammlung mit dem Marsmeteoriten „Tissint“, und die neue anthropologische Dauerausstellung zum Thema „Mensch(en) werden“ zählen zu den Höhepunkten eines Rundganges durch 39 Schausäle. Zum 125. Jubiläum des Hauses wurde ein Digitales Planetarium eingerichtet, das das Haus ins 21. Jahrhundert führt. Das Museum ist mit etwa 60 Wissenschafterinnen und Wissenschafter auch ein wichtiges Kompetenzzentrum für Grundlagenforschung und öffentliche Fragen und eine der größten außeruniversitären Forschungsinstitutionen Österreichs. - Titelbild: Venus von Willendorf: Naturhistorisches Museum Wien (NHM Wien), Alice Schumacher; Foto: Außenansicht des Museums: Naturhistorisches Museum Wien (NHM Wien), Kurt Kracher

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ sowie Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen „Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: … die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“ besagen eigentlich schon, dass Frauen und Männer in allen Punkten gleichgestellt sind. Daraus kann man wohl auch schließen, dass eine Debatte um Frauenquoten eigentlich gar nicht notwendig sein sollte, sondern vielmehr bestehende Regeln selbstverständlich sein müssten.

In der vorliegenden Ausgabe spricht sich eine Universitätsprofessorin für die Einführung von Frauenquoten aus; eine namhafte Buchautorin hingegen verneint sie vehement. Zusätzlich haben wir Interviews mit zwei bekannten Politikerinnen geführt, die unter anderem Anliegen vieler homosexueller Paare auf den Grund gehen.

Abgerundet wird das Thema „Gleichbehandlung“ durch ein Interview mit einer iranischen Ärztin, die in Österreich studiert und Karriere gemacht hat.

Diese Ausgabe widmet sich jedoch auch einigen anderen Themen, die im Jahr 2014 top aktuell sind: Die Vereinten Nationen in Wien feiern ihr 35-jähriges Jubiläum und die kommerzielle Luftfahrt ihr 100-jähriges. Letzteres fand jedoch aufgrund mehrerer schwerwiegender Ereignisse in der Luftfahrindustrie kaum Beachtung. Wir widmen diesem Jubiläum dennoch einen Artikel und nutzen die Gelegenheit auch gleich für eine Debatte zu sicheren Flugrouten. Beim Thema Sicherheit angelangt, berichten wir auch über die Sicherheitskonferenz unserer Jugendorganisation AFA.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei Dr. Axel Wüstenhagen, langjähriges Vorstandsmitglied der ÖGAVN, für sein Engagement und seine Unterstützung auf allen Ebenen herzlich bedanken! Leider ist er im Juli unerwartet nach kurzer, schwerer Krankheit aus dem Leben geschieden. Ein persönlicher Nachruf, verfasst vom Vizepräsidenten des AFA, soll die offiziellen Nachrichten der UN-Institutionen ergänzen.

Abschließend freuen wir uns auch, über eine Studienreise des AFA nach St. Petersburg zu berichten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!
Ihr
Bernd Hermann

Anmerkungen: Nutzen Sie auch das breite Angebot an Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) bzw. des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA). Nähere Informationen siehe unter http://www.oegavn.org bzw. http://afa.at. Feedback bzw. Artikelvorschläge nehmen wir jederzeit gerne via globalview@afa.at entgegen.

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Redaktionsadresse:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | http://www.globalview.at | globalview@afa.at ■ **Redaktion:** Bernd Hermann ■ **Layout:** Bernd Hermann ■ **Lektorat:** Mag. René Kallinger ■ **Titelbild:** Naturhistorisches Museum Wien (NHM Wien), Alice Schumacher ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor ■ **Druck:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H, A – 5222 Munderfing, Gewerbegebiet Nord 3, +43 /7744/ 20080, http://www.aumayer.co.at

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Wien, Zustelladresse: Kaiserliche Hofburg-Nordtrakt, Rennweg 1/20, A-6020 Innsbruck ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht immer explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Inhalt

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hielt einen Vortrag „Wo steht Österreich in Europa" - Seite 6

2014 feiert die UNO-City in Wien ihr 35 jähriges Jubiläum - Seite 8

Bundesministerin Dr. Sophie Karmasin im Interview - Seite 16

Sankt Petersburg - kulturelles Juwel zwischen Westen und Osten - Seite 28

05	Event Highlights	Bernd Hermann
06	Dr. Heinz Fischer: „Wo steht Österreich in Europa?"	Andreas Weinseiss
08	35 Jahre Vienna International Centre	Linda Petrick
10	Politische Partizipation von Frauen - Historische Entwicklung und frauenpolitische Perspektiven	Ilse Reiter-Zatloukal
13	Warum eine Frauenquote für Top-Positionen niemandem nützt - vor allem nicht den qualifizierten Frauen	Christine Bauer-Jelinek
16	„Die Politik sollte sich nicht anmaßen, zu bewerten, welche Form der Familie die bessere ist" - Interview mit Bundesministerin Dr. Sophie Karmasin	Bernd Hermann
18	„Wir leben immer noch in patriarchalen Gesellschaften" - Interview mit der Abgeordneten zum Europäischen Parlament Mag. Ulrike Lunacek	Nico Büttner
20	„Es herrscht eine kriegerische Einstellung gegenüber Muslimen in Europa, die nie aufgearbeitet wurde" - Interview mit Dr. Jaleh Gohari	Shirin Ghazanfari
22	100 Years of Commercial Aviation - Targeting the Hazards of Flying	Bernd Hermann
24	„Die Geschichte der EU ist eine Geschichte der Krisen" - Interview mit Dr. Horst Teltschik	Daniela Scheiblhofer
26	Land Grabbing in Afrika	Florian Leregger
28	Studienreise nach Sankt Petersburg	Gallus Burtscher
30	Der Kampf für Sicherheit und gegen Terror - Einblick in eine verschlossene Welt	Bernd Hermann
31	Nachruf Dr. Axel Wüstenhagen	Michael Klampfl

Event Highlights

In frame of the "International Club" of UNA-AUSTRIA its President former Austrian Federal Chancellor Dr. Wolfgang SCHÜSSEL invited Ambassador Mag. Dr. Elisabeth TICHY-FISSLBERGER, Head of the Department for Law and Consular Issues at the Austrian Federal Ministry for Europe, Integration and Foreign Affairs to the club-rooms of UNA-AUSTRIA at the Imperial Palace Vienna ("Hofburg/Stallburg"), where she gave an overview of the current situation of refugees in Austria and the European Union.

She also pointed out some legal aspects about asylum seeking persons and refugees. Due to the crisis in Syria, Iraq and the Ukraine and the dangerous journeys of the boat people across the Mediterranean Sea the discussion with the audience after her presentation was very lively.

Angela KANE, United Nations High Representative for Disarmament, was appointed for this position in March 2012. Before that position she had a long and distinguished career in the United Nations. From 2008 - 2012 she served as Under Secretary-General for Management, Overseeing Human Resources and Financial Management. In this period she was also responsible for the renovations of the UN Headquarters campus in New York. From 2005 – 2008 she served as Assistant Secretary-General for Political Affairs, which is a core function related to preventing and resolving conflicts.

In June Angela KANE visited Vienna and gave an interesting overview of her work as UN High Representative for Disarmament and especially spoke about her practical experiences on "Chemical Weapons in Syria".

Gyan Chandra ACHARYA of Nepal, Under Secretary-General and High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States (UN-OHRLLS), visited Vienna in June. Former Austrian Federal Chancellor Dr. Wolfgang SCHÜSSEL invited him to give a presentation to the guests of UNA-AUSTRIA in the Imperial Palace Vienna in which he informed them not only about his work but also highlighted the upcoming Second United Nations Conference on Landlocked Developing Countries.

Before his current position, Mr. Acharya was Permanent Representative of Nepal to the United Nations and held many other interesting positions in more than 29 years of diplomatic service.

Dr. Heinz Fischer: „Wo steht Österreich in Europa?“

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hielt 2014 einen Vortrag für die österreichische Bevölkerung im Rahmen einer Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) in der Aula der Wissenschaften.

Im Zuge der Analyse der Frage, wo denn Österreich in Europa stehe, nahm Fischer Bezug auf den sich heuer zum hundertsten Mal jährenden Beginn des Ersten Weltkriegs, im Rahmen dessen die europäischen Großmächte ratlose Getriebene der damaligen Entwicklungen gewesen seien. Österreich habe damals nicht nur den Krieg verloren, sondern auch seine Staatsform, weite Teile seines Staatsgebiets, 88 Prozent seiner Bevölkerung sowie - damit nicht genug - auch den Glauben an sich selbst.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs sei demgegenüber von den Österreichern gänzlich anders empfunden worden: Man sei dankbar für das Ende der Diktatur und die Wiederherstellung Österreichs gewesen. Die Wiedererlangung der Souveränität durch den Staatsvertrag 1955 sowie die damit verbundene Neutralität seien prägend und ein fixer Bestandteil der österreichischen Außenpolitik, so Fischer.

Die Periode nach den Weltkriegen bis zum Ende des Kalten Kriegs sei eine Zeit des Aufschwungs und damit eine Erfolgsgeschichte für Österreich gewesen; eine Erfolgsgeschichte, welche sich durch den Beitritt zur Europäischen Union 1995 nur fortsetzte.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel

Integrationsprojekt EU

Das Integrationsprojekt „EU“ sieht Fischer durch drei Elemente gekennzeichnet: Zum einen sei das Zusammenwachsen der europäischen Völker im Rahmen der Union ein Friedensprojekt, was auch als Leitmotiv anzusehen sei. Zweitens sei es die richtige Antwort auf die Verirrungen eines ungesunden, weil menschenrechtsfeindlichen Nationalismus in Europa. Nicht zuletzt sei die europäische Einigung auch als Antwort auf die gravierenden Veränderungen in Europa aber auch in einer globalisierten Welt zu betrachten, in der es maßgeblich sei, Partner zu haben.

Insbesondere hob Fischer die Bedeutsamkeit der Handelsbeziehungen mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten hervor – über 72 Prozent aller österreichischen Exporte gingen in die EU, zwei Fünftel davon nach Deutschland. Zudem habe der Fall des Eisernen Vorhangs Österreich von einer asymmetrischen Nachbarschaftspolitik befreit. Als Beispiele für gute, vorzeigbare nachbarschaftliche Konfliktlösungen seien darüber hinaus die Autonomie Südtirols oder die erst relativ junge Kärntner Ortstafel-Lösung zu betrachten.

EU-Erweiterung und Nachbarschaftspolitk

Der Bundespräsident unterstrich, dass Österreich auch weiterhin für eine Beitrittsperspektive der übrigen jugoslawischen Nachfolgestaaten eintreten werde. Die guten nachbarschaftlichen

Generalsekretär der ÖGAVN Michael F. Pfeifer; Bundespräsident Dr. Heinz Fischer; Dr. Ingrid Friedrich (BMWFW); BK a.D. Dr. Wolfgang Schüssel; Bernd Hermann, Vorsitzender des AFA in Wien

Beziehungen betonend, äußerte sich Fischer aber durchaus kritisch zur demokratiepolitischen Lage in Ungarn und dem dortigen Wahlrecht.

Im Ukraine-Konflikt könne eine dauerhafte Lösung nur durch Verhandlungen herbeigeführt werden. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland habe dies allerdings erschwert. Bei der Hin-und-Her-Gerissenheit des Landes zwischen Russland und dem Westen sei eine ausschließliche Bindung an eine Seite kein aussichtsreicher Weg.

Vielmehr, appellierte Fischer, müsse man im Zuge der derzeit drohenden weltpolitischen Polarisierung aus den Erfahrungen der Geschichte lernen. Fischer zeigte allerdings auch Verständnis für die seit dem Ende des Kalten Kriegs gehegten Sorgen Russlands hinsichtlich einer weiteren Erweiterung der NATO Richtung Osten.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer bei seiner Rede in der Aula der Wissenschaften

Nahostpolitik

Der Bundespräsident sprach auch den Nahost-Konflikt an und zeigte kein Verständnis für die derzeitige Sistierung der Verhandlungen durch Israel, welche auf die palästinensische Versöhnung zwischen Fatah und Hamas zurückzuführen sei. Bei seinem Appell an beide Seiten, doch an die Jugend zu denken und endlich eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu finden, brandete plötzlicher Applaus auf.

Die Bekämpfung des Terrorismus ganz allgemein ansprechend, sei diese, laut Fischer, kein Selbstzweck. Vielmehr ginge es darum, einer Politik das Wort zu reden, welche dem Terrorismus den Nährboden entziehe.

Besonders hob der Präsident die Leistungen des Österreichischen Bundesheeres hervor, welches sich sehr aktiv an internationalen Friedensmissionen beteilige und damit innerhalb der EU immerhin als achtgrößter Truppensteller rangiere. Kritisch äußerte sich Fischer zu einem weiteren Absinken der ohnehin bereits sehr geringen österreichischen Entwicklungszusammenarbeit – ein solches sei absolut unverzeihlich.

Resümierend stellte der Bundespräsident fest, dass sich Österreich innerhalb Europas eine beachtliche Stellung aufgebaut habe. Es gelte allerdings, sich nicht auf Gewonnenem auszuruhen, sondern sich fortan dafür einzusetzen, dass diese Position auch erhalten bleibe bzw. zukunftsfit gemacht werde.

Appell vom Wahlrecht Gebrauch zu machen

Fischer appellierte in Hinblick auf die bevorstehende EU-Wahl auch, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, denn nur ein starkes Europäisches Parlament helfe der europäischen Idee. Die finale Aufgabe müsse allerdings sein, jene Grundlagen zu schaffen, die Voraussetzungen dafür seien, dass die zukünftigen Generationen sich ihr Europa nach ihren Vorstellungen und Wünschen aufbauen könnten.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer

Dr. Heinz Fischer wurde am 9. Oktober 1938 in Graz geboren, wuchs nach dem Krieg in Wien auf, wo er 1956 maturierte. Er promovierte 1961 zum Doktor der Rechtswissenschaften und habilitierte 1978 an der Universität Innsbruck. 1994 wurde er zum Professor für Politikwissenschaften ernannt. Dr. Fischer ist seit 1971 Mitglied des Österreichischen Nationalrates, war dessen Präsident von 1990-2002. Von 1983-1987 war er Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und ist seit 2004 Bundespräsident der Republik Österreich. Er ist mit Margit Fischer verheiratet und hat zwei Kinder.

Mag. Andreas WEINSEISS, M.A. ist Rechts- und Fachreferent im Bundesministerium für Gesundheit, Mitglied der österreichischen Delegation bei der EU-Ratsarbeitsgruppe Drogen in Brüssel, Mitglied im Alkoholkomitee CNAPA der EU-Kommission in Luxemburg sowie stellvertretendes Mitglied im Kuratorium des Anton Proksch Instituts in Wien. Zuvor arbeitete der gebürtige Steirer an der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in Wien. Mag. Weinseiss studierte Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg und an der Duke University (USA).

35 Jahre Vienna International Centre

Vor 35 Jahren, am 23. August 1979, wurde das Vienna International Centre (VIC) in einer feierlichen Eröffnung an die Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) übergeben und, nach New York und Genf, als dritter Amtssitz der Vereinten Nationen etabliert. Seitdem ist die UNO-City, wie das Internationale Zentrum von den Wienerinnen und Wienern auch genannt wird, zu einem unverzichtbaren Teil der Stadt geworden. Als prägnantes Wahrzeichen an der Donau steht es für einen Ort des Friedens und der internationalen Begegnung.

Dass die Wahl des UNO-Hauptsitzes auf Wien fiel, hatte mehrere Gründe: Zum einen ist die Stadt aufgrund ihrer zentralen Lage im Herzen Europas ein geographischer Hotspot und Schnittpunkt dreier Kulturkreise, zum anderen genießt Österreich als neutraler Staat einen besonderen politischen Stellenwert.

Aus historischer Sicht ist Wien durch seine Rolle als Ort wichtiger Übereinkünfte schon von jeher ein Schauplatz politischer Entscheidungen gewesen. Die Liberalisierungsprozesse in Ost- und Mitteleuropa sowie die Ost-Erweiterung der Europäischen Union haben die Rolle Wiens als internationale Stadt und Tagungsort noch einmal aufgewertet.

Foto: VIC Magazine

Eröffnung des Vienna International Centre am 23. August 1979

Der Weg zum Amtssitz

Als 1966 die Entscheidung fiel, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) nach Wien zu verlegen, machte die österreichische Bundesregierung das Angebot, einen ständigen Amtssitz für die UNIDO sowie die schon seit 1957 in Wien ansässige Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) zu errichten. Damit wurde der Grundstein gelegt, Wien als einen Hauptsitz der Vereinten Nationen zu etablieren und schon ein Jahr später entschieden sich die österreichische Bundesregierung und die Stadt Wien für ein freies Areal auf der linken Seite der Donau zur Errichtung des Internationalen Zentrums.

In einem global ausgeschriebenen Architekturwettbewerb wurde aus über 280 Entwürfen von 650 Architekten aus 36 Ländern das Design des Österreichers Johann Staber ausgewählt. Im Frühjahr 1973 begannen schließlich die Bauarbeiten des Gebäudekomplexes, wobei die Baukosten von etwa 640 Millionen Euro zu 65 Prozent von der österreichischen Bundesregierung und zu 35 Prozent von der Stadt Wien getragen wurden.

Sechs Jahre später wurde das Vienna International Centre (VIC) fertig gestellt und am 23. August 1979 in einer feierlichen Zeremonie eingeweiht. Bei diesem weltweiten Ereignis mit rund 1.200 geladenen Gästen wurde das VIC den Vereinten Nationen sowie der IAEO für eine symbolische Miete von damals 1 Schilling im Jahr (heute etwa 0.07 Cent), für die nächsten 99 Jahre übergeben. Es wurde vereinbart, dass die jährlichen Betriebs- und Instandhaltungskosten, die sich jährlich auf rund 22 Millionen Euro belaufen, vollständig von den ansässigen Organisationen getragen werden sollten.

Eine Delegation der ÖGAVN und des AFA gemeinsam mit Gästen aus Deutschland im VIC

Vienna International Centre - heute

Heute sind im Vienna International Centre folgende Organisationen untergebracht: das Büro der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die Organisation der Vereinten Nationen für industri-

Foto: UNIS

Das Vienna International Centre im Jahr 2014

elle Entwicklung (UNIDO), die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), und die Vorbereitende Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO). Daneben gibt es noch einige andere UN-Organisationen und Einheiten mit Büros in Wien.

Das VIC umfasst ein Gebiet von 180.000 m² und besitzt exterritorialen Status. Das Design des Architekten Johann Staber basiert auf sechs y-förmigen Gebäuden, die zwischen 48 und 120 m hoch sind und die in ihrer Mitte durch ein 56 m hohes rundes Konferenzgebäude mit der Rotunda, der Eingangshalle, miteinander verbunden sind.

Auf der Plaza davor wehen die Flaggen aller 193 Mitgliedstaaten. Im gesamten Gebäudekomplex befinden sich 4.500 Büros und neun Konferenzräume, die mehr als 4.000 internationale Beamte aus über hundert Ländern beherbergen, rund ein Drittel davon sind österreichische Staatsbürger.

Die Mitarbeiter der Organisationen arbeiten für Frieden, Sicherheit und Entwicklung, u.a. um die Welt vor Drogen, Kriminalität und Terrorismus sicherer zu machen (UNODC), Armut durch nachhaltiges industrielles Wachstum zu verringern (UNIDO), Atome für den Frieden zu nutzen (IAEO) und Atomtests zu unterbinden (CTBTO).

Jedes Jahr finden zahlreiche Konferenzen und Tagungen hier statt. Die umfangreiche Kunstsammlung im VIC wurde auf Initiative des Gastlandes Österreich angeschafft und den internationalen Organisationen 1979 übergeben. Sie ist seither um etliche Geschenke der Mitgliedsländer angewachsen.

Im Jahr 2008 wurde ein zusätzliches Konferenzgebäude eröffnet, das vom Architekten Albert Wimmer entworfen wurde und Platz für Konferenzen mit bis zu 3.000 Teilnehmern bietet. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sprach bei diesem Anlass vom verstärkten Engagement der Stadt Wien in Bezug auf Multilateralismus und dem Beitrag zu einem konstruktiven Dialog über die dringenden Themen, welchen die internationale Gemeinschaft gegenübersteht.

Relevanz für Wien

"Die Errichtung der UNO-City ist eine politische Entscheidung, weil Wien als UNO-Zentrum größte Wichtigkeit für die Neutralität und Sicherheit Österreichs hat", sagte der ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky im Jahre 1973. Doch nicht nur politisch gesehen war die Gründung des VIC von enormer Bedeutung für die Stadt Wien.

So bringt der UNO-Hauptsitz nicht nur Renommee, da Internationale Organisationen in einer globalisierten Welt von zunehmender Bedeutung sind, sondern auch große ökonomische Vorteile. Die zahlreichen internationalen Konferenzen und Tagungen stellen einen wirtschaftlichen Vorteil für das Gastland Österreich dar und stärken gleichzeitig den symbolischen Wert Wiens als Ort der Diplomatie und Völkerverständigung.

Zudem fließen von den Ausgaben des VIC jährlich rund 360 Millionen Euro in die österreichische Wirtschaft, sodass die hohen Baukosten des Internationalen Zentrums schon nach wenigen Jahren ausgeglichen waren. Die in Wien ansässigen internationalen Mitarbeiter fördern zusätzlich das multikulturelle und weltoffene Flair der Stadt.

Die vergangenen 35 Jahre der Vereinten Nationen in Wien waren durch eine ausgezeichnete Beziehung und Zusammenarbeit mit dem Gastland charakterisiert, ein Verhältnis, von dem beide Seiten profitieren und welches hoffentlich auch die nächsten 35 Jahre andauern wird.

Die UNO-City ist dank einer schnellen U-Bahn-Verbindung nur 10 Minuten von der Stadtmitte entfernt und ist durch tägliche Besichtigungstouren (jeweils um 11:00 und 14:00 Uhr) für die Öffentlichkeit zugänglich.

Aus Anlass der diesjährigen Feierlichkeiten hat der Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) in Wien in Zusammenarbeit mit allen ansässigen UN-Organisationen im August im VIC Gratisführungen veranstaltet. Im September hat die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit UNIS im VIC die Ausstellung „35 Jahre Vienna International Centre" präsentiert, die auch bei den Außenpolitischen Gesprächen der Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) auf Schloss Hernstein zu sehen war.

Linda PETRICK absolvierte ein Praktikum beim Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) in Wien. Sie hat Cultural Differences and Transnational Processes (Universität Wien) sowie Anthropologie des Nahen Ostens (Freie Universität Berlin und Durham University) studiert. Ihre akademischen Schwerpunkte sind Interkulturelle und Digitale Kommunikation, soziale und politische Prozesse im Nahen Osten sowie Menschenrechte. Zuvor war sie Praktikantin bei der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR).

Politische Partizipation von Frauen - Historische Entwicklung und frauenpolitische Perspektiven

Die Forderung nach politischer Partizipation bzw. nach einem aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen begann im Zuge der französischen Revolution. So forderte Olympe de Gouges 1791 in ihrer Erklärung der Frauen- und Bürgerinnenrechte u.a.: „Das Gesetz muss Ausdruck des Gesamtwillens sein. Alle Bürger und Bürgerinnen müssen … zu seiner Entstehung beitragen“ (gerade in Frankreich allerdings sollte Frauen das Wahlrecht erst 1944 zuerkannt werden).

Die Anfänge in Übersee und Europa

Erstmals tatsächlich eingeführt wurde das aktive und passive Frauenwahlrecht überhaupt nicht in Europa, sondern in vielmehr in Übersee: Das Territorium Wyoming war 1869 das erste Gebiet der USA, welches das Frauenwahlrecht realisierte und später auch die erste weibliche Abgeordnete ins US-Parlament wählte.

Da die Regelung des Wahlrechts nach der Unabhängigkeit der USA in den Kompetenzbereich der einzelnen Bundesstaaten fiel, dauerte es dann noch einige Zeit, bis in den USA das Frauenwahlrecht auch auf Bundesebene eingeführt wurde: Das 1920 mit dem 19. Verfassungszusatz statuierte Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts brachte schließlich das aktive und passive Wahlrecht für Frauen ab dem 21. Lebensjahr in den gesamten USA.

Zuvor hatten bereits 1893 das britische Territorium Neuseeland den Frauen das aktive und dann 1919 auch das passive Wahlrecht eingeräumt sowie 1902 Australien, das ein Jahr davor von Großbritannien in die staatliche Selbständigkeit entlassen worden war.

Foto: Parlament / Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Olga Rudel-Zeynek (CSP) war die erste Präsidentin des Bundesrats und die erste Frau weltweit an der Spitze einer parlamentarischen Körperschaft (1927)

Auf europäischen Boden kann Finnland, wenngleich damals noch zu Russland gehörig, als Vorreiter des Frauenwahlrechts bezeichnet werden, da der weiblichen Bevölkerung 1906 erstmals nicht mehr nur ein kommunales, sondern bereits ein volles aktives und passives Wahlrecht eingeräumt wurde. Bereits bei der ersten Wahl erreichten die Frauen dort 10% der Mandate).

Der erste souveräne Staat mit Frauenwahlrecht war schließlich 1913 Norwegen, es folgten 1915 Dänemark und Island, 1917 Estland und 1918 Lettland. In vielen europäischen Staaten kam es allerdings erst nach dem 1. Weltkrieg zur Einführung des Frauenstimmrechts, so etwa in Großbritannien, obwohl dort die organisierte bürgerliche Frauenstimmrechtsbewegung bereits 1866 den Kampf für das Frauenstimmrecht begonnen hatte, der (geführt v.a. von den militanten „Suffragetten“) allerdings zunächst noch nicht das gewünschte Ergebnis brachte.

Erst 1918 kam es in Großbritannien zur Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts. Frauen erhielten unter bestimmten Voraussetzungen nun auch das passive Wahlrecht. Als erste Frau zog dann 1919 aber keine der Suffragetten ins Parlament ein, sondern Lady Nancy Astor, die Ehefrau des Konservativen Sir Waldorf Astor, der seine Frau, als er selbst vom Unterhaus in das House of Lords berufen wurde, gleichsam als seine Platzhalterin im Unterhaus installierte. Erst 1928 wurde in Großbritannien mit dem Equal Franchise Act ein den Männern tatsächlich gleichgestelltes Frauenstimmrecht gewährt.

Auch im Deutschen Reich besaßen die Frauen im 19. Jahrhundert kein Wahlrecht zum Reichstag oder zu den Landtagen. Grundbesitzerinnen und Steuerzahlerinnen konnten jedoch unter gewissen Umständen ein aktives kommunales Wahlrecht ausüben.

Bereits 1873 forderte allerdings die der bürgerlichen Frauenbewegung zuzurechnende Hedwig Dohm das Stimmrecht für Frauen. Innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung waren es dann aber vor allem die so genannten Radikalen, die sich für die Erreichung des Frauenwahlrechtes einsetzten, darunter federführend die Juristin Anita Augsburg sowie Lida Gustava Heymann.

In besonderer Weise setzte sich auch die Sozialdemokratie für das Frauenstimmrecht ein. Sie war auch die einzige Partei im Deutschen Reich, welche die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Programm aufgenommen hatte (1891). 1895 brachte die SPD einen entsprechenden Gesetzentwurf in den deutschen Reichstag ein, der aber von den Männern der anderen Parteien unter Gelächter abgelehnt wurde.

Ein besonderes Hindernis stellte in Deutschland das Vereinsrecht für das passive Wahlrecht der Frauen dar, da die Parteien als Vereine organisiert waren und „Frauenpersonen“ (wie auch Geisteskranken, Schülern und Lehrlingen) die Mitgliedschaft und Mitarbeit in politischen Parteien verboten waren. Erst das neue Vereinsrecht 1908 beseitigte diese Hürde.

Auch in Deutschland brachte schließlich der 1. Weltkrieg die politische Front gegen das Frauenstimmrecht zu Fall. Bereits drei Tage nach der Ausrufung der Republik erhielten Frauen das Wahlrecht und im Jänner 1919 wurden 37 Frauen in die 423 Mandate zählende Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung gewählt (also fast 10%).

Österreich

In Österreich wurden die ersten Forderungen nach dem Frauenwahlrecht 1848 vom „Wiener demokratischen Frauenverein“ erhoben. Die Diskussionen zum Wahlrecht am konstituieren-

den Reichstag (Wien/Kremsier) 1848/49 zeigten jedoch, dass die männlichen Abgeordneten ein solches für Frauen nicht ernsthaft in Erwägung zogen. Allerdings gab es seit 1849 wenigstens ein Frauenwahlrecht im Rahmen des Klassenwahlrechts auf Gemeindeebene bei entsprechendem Besitz bzw. entsprechender Steuerleistung der Frau, die jedoch ihr Stimmrecht durch den Ehemann bzw. einen Bevollmächtigten auszuüben hatte.

Die Gemeindewahlordnungen der 1860er Jahre übernahmen zumeist das Frauenstimmrecht, allerdings waren Frauen in mehreren Statutarstädten wie Wien, Prag und Triest nie wahlberechtigt. Auch nach den Landesordnungen für die einzelnen österreichischen Kronländer von 1861, die nach der nach Zeit des so genannten Neoabsolutismus (ab 1852) nun erstmals wieder nach einem Klassenwahlrecht gewählte Landtage vorsahen, waren Frauen aufgrund von Steuerleistung und Angehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe zu diesen Landtagen wahlberechtigt, und zwar in den Kurien der Großgrundbesitzer bzw. Höchstbesteuerten sowie in der Kurie der Städte und Märkte, dort aber nur, wenn sie das Gemeindewahlrecht besaßen.

Strittig war, ob Frauen im so genannten Intelligenzwahlrecht eingeschlossen waren, nach dem Staatsbeamte, Akademiker und Lehrer auch ohne Steuerleistung wahlberechtigt waren. So entzog 1888 der niederösterreichische Landtag nicht den Großgrundbesitzerinnen, aber den sonstigen Steuer zahlenden Frauen das aktive Landtagswahlrecht wieder, und zwar mit der Begründung, dass die Form, in der die Frauen ihr Wahlrecht ausüben könnten, eine in den verschiedenen Kronländern sehr verschiedene sei. Die einfachste Art, Gleichförmigkeit herzustellen, sei nun, dass man überall Frauen das Wahlrecht entzöge.

Vom passiven Landtagswahlrecht waren die Frauen entweder explizit ausgeschlossen oder aber ihr Ausschluss galt als derartig selbstverständlich, dass er in der Wahlordnung erst gar nicht erwähnt wurde. So konnte es vorkommen, dass Frauen dieses Regelungsdefizit nützten, um tatsächlich für einen Landtag zu kandidieren. Dies geschah etwa 1908 in Böhmen (Karla Máchová, Marie Tumova), woraufhin 1912 die Wählbarkeit explizit auf Männer beschränkt wurde.

Primär konzentrierte sich der Wahlrechtskampf der österreichischen Frauen allerdings (abgesehen von der Erringung der den Frauen auch in Österreich verwehrten Zulassung zu politischen Vereinen) von Anfang an auf die Erringung des Wahlrechtes zum Reichsrat. Im Parteiprogramm der Sozialdemokratie war – wie in Deutschland – das Frauenwahlrecht (jedenfalls seit dem 3. Parteitag 1892) verankert, wurde aber zunächst von Seiten der Parteiführung zugunsten des 1907 tatsächlich errungenen allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts zurückgestellt.

Seit 1907 wurden die Frauen in ihrem Wahlrechtskampf auch durch die internationale sozialistische Stimmrechtsbewegung unterstützt, und seit der zweiten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 fand alljährlich ein „Internationaler Frauentag“ als Kampftag für die politische Emanzipation der Frauen und als Kristallisationspunkt der Agitation für das Frauenwahlrecht statt.

Die Zuerkennung des Frauenstimmrechtes für alle Vertretungskörper (und die Zulassung zu den politischen Vereinen) war schließlich auch in Österreich mit der Ausrufung der Republik verbunden. Bereits das Gesetz über die Staats- und Regierungsform vom 12.11.1918 normierte nämlich, dass die noch zu beschließende Wahlordnung „auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ beruhen sollte.

Infolge der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung vom Februar 1919, bei der die weibliche Wahlbeteiligung im Übrigen mit über 82% nur wenig unter der der Männer lag, zogen sodann die ersten acht weiblichen Abgeordneten in das Parlament ein (4,4%); sieben Abgeordnete der Sozialdemokratischen und eine der Christlichsozialen Partei.

Foto: ÖNB

Grete Rehor (ÖVP) war Bundesministerin für Soziale Verantwortung (1966-1970) und die erste weibliche Ministerin Österreichs.

In der 1. Republik schwankte dann der Frauenanteil zwischen 3,6 Prozent (1927) und 6,7 Prozent (1930). Nach 1945 lag der Frauenanteil im Nationalrat dann nur bei 5,5%, stieg ab 1975 langsam wieder an, bis 1986 die 10% Marke überschritten werden konnte. Erst mit den Nationalratswahlen 2002 überstieg der Frauenanteil mit 33,9% erstmals die Drittel-Schwelle und erreichte damit den bisher nicht mehr erreichten Höchstwert. (Anmerkung der Redaktion: Regierung Schüssel I und II 2000-2007 - ÖVP/FPÖ bzw. später ÖVP/BZÖ)

Seit 2006 (31,7%) ging der Frauenanteil aber wieder zurück und lag aufgrund der Nationalratswahlen 2008 bei nur knapp über 27%. 2013 stieg er auf 33,33%, womit er jedoch weiterhin unter dem Wert von 2002 zurückblieb.

Insgesamt 56 von insgesamt 183 Abgeordneten sind derzeit weiblich, große Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Parteien. Männlicher ist nur noch der Bundesrat, bei dem der Frauenanteil von der Mitte der 1950er Jahre an konstant bei über 10% lag, 1975 auf 20% anstieg und in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder zurückfiel. Seinen Höchststand erreichte er 2006 mit über 29%.

-->

Foto: Parlamentsdirektion / Mayr-Siegl Bettina

Mag. Barbara Prammer, erste weibliche Nationalratspräsidentin (2006-2014), und Johanna Dohnal, erste Frauenministerin (1995) - beide SPÖ.

Frauenanteil und Quotenfrage

Damit übertrifft der aktuelle Frauenanteil im Nationalrat zwar den des Europäischen Parlaments (2009 knapp über 31%), im internationalen Vergleich steht Österreich dennoch damit nicht im Vorderfeld. Innerhalb der EU, wo der Frauenanteil (2009) in den nationalen Parlamenten zwischen 44,7 und 8,7% (durchschnittlich 24%) liegt, nimmt Österreich den 9. Rang ein und befindet sich damit im ersten Drittel.

An der Spitze liegt Schweden, gefolgt von Finnland, den Niederlanden, Portugal, Belgien, Dänemark, Spanien und Deutschland. 2009 überschritten also acht der 27 EU-Mitgliedstaaten die 30%-Marke. Weniger als 15% Frauenanteil in den nationalen Parlamenten erreichten Slowenien, Irland, Rumänien, Ungarn und Malta.

Einen erheblich höheren Frauenanteil als all diese europäischen Staaten haben allerdings Ruanda mit über 56% weiblichen Abgeordneten (2009), Senegal mit 43%, Angola und Mosambik mit je 39 % sowie Tansania und Uganda mit 36 bzw. 35% (2012). Angesichts dieses Befundes liegt der Ruf nach einer Quote auch für Österreich auf der Hand. Im internationalen Befund hatten 2009 16 Länder weltweit eine Quote für das nationale Parlament in der Verfassung und 47 Länder im Wahlgesetz verankert. Allerdings sind die Regelungen höchst unterschiedlich und die Quoten variieren zwischen 5% und 50%.

So existiert in z.B. Finnland eine 40% Quote für alle öffentlichen Gremien. Ruanda installierte beim Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg Mitte der 90er-Jahre eine Quote von 30% und schrieb vor, dass die Parteien auf ihren Wahllisten an jede zweite Stelle eine Frau setzen müssen. Indien beschloss 2010 eine 33%-Quote. In Italien hingegen scheiterte Premierminister Renzi im März 2014 mit der Einführung einer 50%-Quote am Parlament.

Auch in Deutschland gibt es derzeit keine gesetzliche Frauenquote, 1979 führten aber die Grünen (50%) und 1988 die SPD (40%) eine Mindestquote für ihre Wahllisten ein, und die CDU bekennt sich seit 1996 zu einem internen „Frauenquorum“ von einem Drittel.

Ähnlich ist die Lage in Österreich: Hier legte sich die SPÖ 1993 auf eine 40%-Quote fest, die 2014 reformiert wurde und nun ein Durchgriffsrecht des Bundesvorstands vorsieht, wenn zu wenige Frauen über die Landeslisten zum Zug kommen. Die ÖVP bekennt sich seit 1995 zu einer (nicht erreichten) Frauenquote von 33%, die Grünen zu einer (überschrittenen) 50%-Quote, FPÖ, Stronach und Neos haben keine Quotenregelungen.

Was die Regierungsfunktionen anbelangt, so sind in Österreich derzeit nur 4 von 13 MinisterInnen (28,6%) weiblich. Im EU-Durchschnitt waren 2009 26% der Regierungsmitglieder Frauen, in Finnland 60%, Spanien 50% und Schweden 45%, gefolgt von Deutschland mit 44% und Dänemark mit 37%. 2014 erreichte Italien die 50%-Marke.

Regierungschefinnen in Europa gibt es aktuell mit Angela Merkel in Deutschland, mit Erna Solberg in Norwegen, mit Laimdota Straujuma in Lettland, mit Helle Thorning-Schmidt in Dänemark und Eva Kopacz in Polen.

Frauenpolitisch gesehen führt wohl auch in Österreich kein Weg an einer gesetzlichen Frauenquote vorbei, zumal sie erwiesenermaßen die effizienteste Methode zur raschen Steigerung des Frauenanteils ist. So stieg z.B. der Frauenanteil im Parlament in Costa Rica nach Einführung einer Frauenquote nach nur einer Wahl von 19 auf 35%.

Entscheidend für den Erfolg von Quoten ist aber eine genaue und unmissverständliche Regelung, deren Umsetzung auch tatsächlich das Erreichen der Quote garantiert (etwa das Reißverschlusssystem), eine ausreichende Sanktionierung bei Nichterfüllung dieser Quoten oder ein attraktives Anreizsystem (z.B. Koppelung der Partei- und Klubförderung oder Wahlkampfkosten-Rückerstattung an Erreichung von Quoten, wie dies etwa in Österreich seit langem die Grünen vertreten).

Dr. Ilse REITER-ZATLOUKAL ist ao. Universitätsprofessorin am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Rechts- und Verfassungsgeschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, insbes. im „Austrofaschismus“ und Nationalsozialismus, Geschichte des Migrations- und Staatsbürgerschaftsrechts, insbes. Ausweisung und Ausbürgerung aber auch die Geschlechtergeschichte.

Warum eine Frauenquote für Top-Positionen niemandem nützt – vor allem nicht den qualifizierten Frauen

Die vielzitierte „Gläserne Decke“, die besagt, dass Frauen auf ihrem Karriereweg (von Männern) behindert würden, ist ein Mythos, auch wenn deutlich weniger Frauen in Top-Positionen zu finden sind. Die Vorstellung von benachteiligten und unterdrückten Frauen einerseits und bestens verdienenden Männern, denen ein „roter Teppich“ für ihren Aufstieg an die Spitze gelegt wird, hält einer objektiven Betrachtung nicht stand.

Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind längst erreicht. Gleichberechtigung heißt, dass es Rechte gibt, die man wahrnehmen kann oder auch nicht. Sonst wäre ja auch das Scheidungsrecht erst dann erfüllt, wenn alle geschieden wären oder wenn Trennungen genau zur Hälfte von Männern und Frauen beantragt würden.

Das Geschlecht als Faktor für Gerechtigkeit?

In der jetzigen Debatte um die Top-Positionen geht es um die Forderung, dass alles 50 zu 50 aufgeteilt wird und die Chancen durch den Zwang zur statistischen Gleichheit ersetzt werden. Wie viel Prozent der Aufsichtsräte weiblich sind, hat jedoch nur wenig mit Gerechtigkeit zu tun. Da es beispielsweise wesentlich mehr erfolglose Männer als erfolgreiche gibt, könnte man auch die nicht so machtorientierten Männer genauso fördern wie Frauen, denn auch sie sitzen unter der gläsernen Decke fest. Dies geschieht aber nicht, weil derzeit das Geschlecht als einziger Faktor für Gerechtigkeit zählt.

Erfolg im Beruf beruht jedoch nicht, wie oft behauptet, auf der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, sondern vielmehr auf dem Vorhandensein gewisser, relevanter persönlicher Eigenschaften. Um einen Vergleich aus dem Sport zu bemühen z.B. dem „Zug zum Tor“.

Foto: Martin Vukovits

Christine Bauer-Jelinek:
„Frauenquoten für Top-Positionen nützen niemanden - vor allem nicht den qualifizierten Frauen”

Dieser Biss, diese Bereitschaft, dieses Konkurrenz- und Risikoverhalten wurden bisher als männliche Eigenschaften definiert –, was aufgrund der traditionellen Rollenverteilung verständlich ist, aber nicht so bleiben muss. Wer allerdings die Spielregeln nicht versteht und das Spiel nicht richtig spielt, kann auch nicht gewinnen, egal ob es sich um einen Mann handelt oder um eine Frau.

Dass Männer weibliche Leistungsträger behindern, ist nicht zu verifizieren. Es entsteht jedoch der Eindruck, dass viele Frauen den Stress, das Risiko und die Verantwortung einer Top-Position nicht auf sich nehmen wollen, weil sie neben dem Beruf noch andere zentrale Interessen haben – das sind vor allem Familie und Kinder, für die sie auch ausreichend Zeit haben wollen.

Sie führen sich die Konsequenzen einer Beförderung für ihre Lebensqualität viel genauer vor

Augen als Männer und erkennen, dass für die Kindererziehung auch tatsächlich Zeit und Engagement notwendig sind, dass das nur mit Organisation allein nicht zu schaffen ist.

Strukturelle Macht

Ein weiterer Grund, warum Frauen oft subjektiv empfinden, dass sie es schwerer haben, ist das mangelnde Verständnis der Spielregeln ihrer Organisation und der neoliberalen Gesellschaft im Allgemeinen. Sie und ihre politischen Vertreter/innen sprechen dann von struktureller Macht und meinen, dass diese Regeln von Männern für Männer gemacht worden wären.

Dabei handelt sich um eine schwerwiegende Fehlannahme, denn diese Regeln sind dazu da, um die Erreichung konkreter Unternehmensziele zu unterstützen. Dass sie selbst nur wenig ändern können, und dass es keinen „weiblichen" oder männlichen" Führungsstil gibt, sondern nur einen, der wirkt, müssen viele Frauen in Entscheidungspositionen schmerzlich erfahren, wenn sie mit ihren Idealen scheitern. Wesentlich ist, dass die Frauenpolitik die Spielregeln der Marktwirtschaft nicht grundsätzlich ändern kann, ob mit oder ohne Quote – was zählt, ist der Wettbewerb.

Karriere - eine Frage der Generationen

Und Karriere ist auch eine Frage der Generationen. Bei den unter 35-jährigen gibt es bei Männern wie bei Frauen zwei Kategorien: Da sind weiterhin die gut ausgebildeten, gut vernetzten und ehrgeizigen Männer, die als High Potentials einen raschen Aufstieg in Wirtschaft und Politik schaffen. Sie werden einerseits bewundert, andererseits durch die neuen Anforderungen von Halbe-Halbe extrem unter Druck gesetzt.

Dann gibt es eine wachsende Zahl an sozial orientierten, sanften Männern, deren Verhalten nicht dem traditionellen Rollenbild entspricht und die viel Zeit für die Familie verwenden wollen. Die werden es in der klassischen Karriere nicht ganz nach oben schaffen – was nicht bedeutet, dass sie nicht ein erfolgreiches und erfülltes Leben führen können. Sie gelten einerseits als Vorbilder, anderseits werden sie auch belächelt.

Die Gruppe der aufstiegswilligen, karriereorientierten jungen Frauen, die zwei Studien absolviert haben und vier Sprachen sprechen, versteht die Forderung nach Quoten überhaupt nicht. Diese jungen Frauen sind bereits mit den Spielregeln dieser neuen Welt vertraut, sie sehen Chancen und nehmen diese auch wahr.

BAUER-JELINEK mit Studierenden des Diplomlehrgang Global Advancement Programme (GAP) des Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA)

Foto: www.bauer-jelinek.at

Die andere Gruppe sind jene Frauen, die sich laut trauen zu sagen: Ich möchte Familie, Haus und Garten und will mich jetzt fünf Jahre lang um die Kinder kümmern, mit ihnen lernen und spielen.

Beide Gruppen von jungen Frauen haben in der Öffentlichkeit ein Problem. Die einen werden als Rabenmütter bezeichnet, die anderen als Gluckenmütter.

Männer möchten ihre Kinder miterziehen und nehmen dafür auch Karrierebrüche in Kauf. Es ist noch nicht die Mehrheit der Männer, aber es werden immer mehr. Und es ist nicht so, dass man die Männer dazu drängen müsste. Und jene, die man beispielsweise mit verpflichtenden Karenzzeiten oder Quoten für Kleinkindpädagogen dazu zwingen müsste, die sollten ohnedies besser nicht beim Kind sein.

Das gilt übrigens ebenso für Frauen, die man mit Quoten in Führungspositionen hinaufheben muss. Auch die sollten besser kein Unternehmen führen. Das ist zurzeit das Paradoxe an unserer Gesellschaft: Sie fordert zwar sehr viel Freiheit, bewertet freie Lebensentwürfe dann aber negativ.

Beruf und Familie

Und auch die Frage nach Vereinbarung von Beruf und Familie wird politisch falsch diskutiert. Zum einen, weil neben der Kinderbetreuung auch die große Problematik der Altenbetreuung und Pflege auf uns zukommt. Zum anderen, weil die Teilzeitfrage nicht nur für Frauen, sondern zunehmend auch für Männer existiert.

Wenn Männer, wie von der Frauenpolitik gefordert, zweimal in Karenz gehen und Teilzeit arbeiten, dann werden auch sie in der Altersarmut enden und das Einkommensniveau der Familie wird drastisch sinken – man sieht: Auch das ist kein Geschlechterthema!

Was man viel dringender als Quoten für Aufsichtsrätinnen fordern müsste, ist eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, erst dann ließen sich für beide Geschlechter Beruf, Familie und Selbstentwicklung realisieren.

In der Zwischenzeit kann man jedoch auch gut auf eine Bevorzugung von Frauen pochen und die Frauenkarte ausspielen, wenn es der Karriere hilft. Die Frage der Förderung beziehungsweise Bevorzugung von Frauen wird sich allerdings in den nächsten Jahren sehr stark relativieren, weil es sich dabei letztlich um eine Ungleichbehandlung handelt, und diese werden sich die Männer nicht mehr länger gefallen lassen.

Darüber hinaus werden ohnedies – mit oder ohne Quote – mehr Frauen in Führungspositionen kommen, weil gut ausgebildete, ehrgeizige Frauen unaufhaltsam nach oben streben und sich Macht-Kompetenz im Umgang mit den Spielregeln selbst aneignen. Sie lassen sich vom Anspruch, dass sie die „besseren Chefs" seinsollen oder dass sie besonders weiblich führen sollten, nicht mehr irritieren, denn sie müssen die Unternehmensziele genauso erreichen wie Männer.

Quoten - ein Luxusthema

Ganz allgemein möchte ich abschließend darauf hinweisen, dass die Quotendebatte nur ein Luxusthema für eine verschwindende Minderheit ist, denn der wesentlich größere Teil der Frauen – und auch der Männer – muss sich täglich am Arbeitsplatz in ganz banalen Dingen durchsetzen. Sie erhalten für ihre Arbeit einen zu geringen Lohn oder finden keine entsprechende Stelle. Da geht es nicht selten ums wirtschaftliche Überleben.

Quoten und andere Formen der Frauenförderung führen zu einer Spaltung zwischen Männern und Frauen – so als würde der Geschlechterkampf genauso funktionieren wie der Arbeitskampf. Doch die Frau Abteilungsleiterin ist in ihren Interessen dem Herrn Generaldirektor näher als ihrer Putzfrau. Daher müsste man weit vor der Geschlechterfrage die soziale Frage stellen und für die Freiheit der unterschiedlichen Lebensentwürfe kämpfen.

Foto: www.bauer-jelinek.at

Foto: www.bauer-jelinek.at

Foto: Florian Bauer

Christine BAUER-JELINEK ist renommierter Wirtschaftscoach in Wien; Seminarleiterin und internationale Referentin für Macht-Kompetenz; Gastdozentin an der Donau-Universität Krems; Vorstandsmitglied im Club of Vienna; Bestsellerautorin, u.a. „Die geheimen Spielregeln der Macht". Zurzeit arbeitet Christine Bauer-Jelinek an einer wissenschaftlichen Studie zur Einkommensverteilung zwischen den Geschlechtern.
http://www.bauer-jelinek.at

„Die Politik sollte sich nicht anmaßen, zu bewerten, welche Form der Familie die bessere ist.“

Bernd Hermann sprach mit Bundesministerin Dr. Sophie Karmasin über Familien und Generationen, Homosexualität, Adoption und Pflegekinder, sowie über die Familien- und Jugendförderung.

Wie definieren Sie den Begriff „Familie“?

Für mich steht der Begriff „Familie“ für eine Wertebasis, wie Zusammengehörigkeit, Vertrauen, Loyalität und dem Gefühl „zu Hause zu sein“. Letztendlich kann man Familie mit Liebe umschreiben. Meine Definition beinhaltet jetzt bewusst weder eine gesetzliche noch biologische Grundlage, sondern eine reine Gefühlszusammengehörigkeit.

Sind demnach alleinerziehende Eltern und ihre Kinder auch Familien?

Von dieser Definition her selbstverständlich.

Während in manchen Kulturkreisen mehrere Generationen zusammen leben, wird die Kleinfamilie in Österreich immer häufiger. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Natürlich sprechen wir bei mehreren Generationen in einem Haushalt auch von einer Form der Familie. Hier ist zu betonen, dass sich die Politik nicht anmaßen sollte, zu bewerten, welche Form der Familie die bessere ist. Für mich ist die Form der Familie, die unter zuvor genannten Werten stattfindet, zu begrüßen.

In Österreich nehmen Single-Haushalte zu; daher ist die Großfamilie auch eine wichtige Form der Familie, obwohl sie verhältnismäßig eher gering in Österreich vertreten ist. Dennoch denke ich, dass diese Form der Familie auch in Österreich zukunftsweisend ist, weil die Bevölkerung einerseits immer älter wird und andererseits die mittlere Generation, insbesondere auch immer mehr Frauen, im Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in einer Großfamilie sicher einfacher gewährleistet, weil die Großeltern in irgendeiner Form tätig werden können. Mehrgenerationenfamilien sind für alle Beteiligten, auch für die ältere Generation, sehr wichtig, da sie zum Beispiel ja später dann auch die bessere Betreuung hat. Wir wissen ja, dass die Im-Haus-Betreuung von Älteren ja oftmals am meisten gewünscht wird. Zudem haben Kinder auch eine weitere Bezugsperson im täglichen Leben.

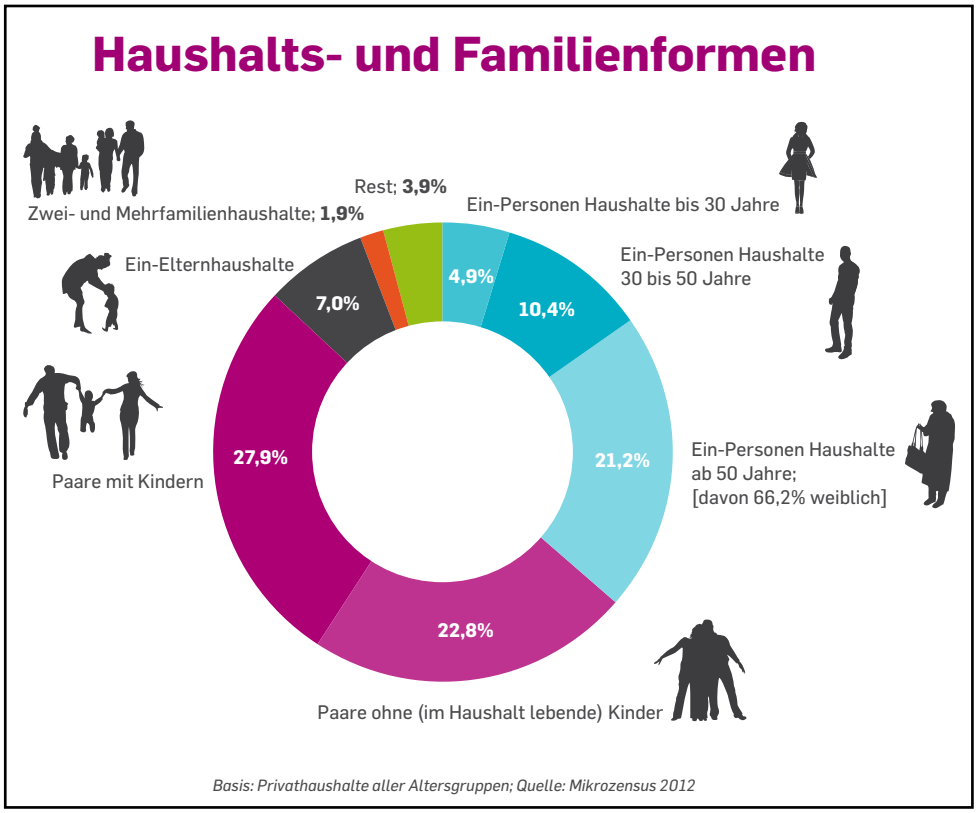

Bild: BMFJ

Conchita Wurst, der Life Ball und die Regenbogen-Parade stehen für Toleranz und Weltoffenheit. Können Sie sich vorstellen, dass homosexuelle Paare in Österreich eines Tages Kinder adoptieren dürfen?

In den letzten Jahren wurde sehr viel für homosexuelle Paare getan. Die eingetragene Partnerschaft wurde zum Beispiel eingeführt und dieses Jahr wird ein Runder Tisch eingeleitet, bei dem auch alle LGBT-Institute, das Innenministerium und das Justizministerium eingeladen sind. Die Zielsetzung wäre, dass eingetragene Partnerschaften am Standesamt stattfinden können und auch der Familienname geführt werden darf.

Diskriminierung ist für mich im familiären Bereich auf jeden Fall abzulehnen und stark zu bekämpfen. Bei Kindern bin ich natürlich auch gegen jede Art der Diskriminierung. Bei Adoption und Pflegekindern muss jedoch das Kindeswohl im Vordergrund stehen und nicht das Wohl des Paares. Es gibt kein Recht auf ein Kind oder auf Adoption, aber es gibt sehr wohl das Recht auf Kindeswohl. Deswegen müssen wir diese Fragen aus Sicht der Kinder betrachten.

Die Situation zwischen Adoptions- und Pflegekindern ist hier sehr unterschiedlich. Während wir ca. zehn Mal mehr heterosexuelle Paare haben, die gerne ein Adoptivkind hätten, und somit die Behörden in der Regel aussuchen können, welche Familie am besten für das Kind ist, ist die Situation bei den Pflegekindern vielmehr so, dass mehr Kinder in Pflegeeinrichtungen untergebracht sind, als in Familien.

Hier müssen wir aus Sicht der Kinder noch viel größere Anstrengungen unternehmen, dass

diese Kinder in Familien untergebracht werden können. Da sind meiner Meinung nach auch homosexuelle Paare gefragt, was der Gesetzgeber in Österreich ja auch erlaubt. Allerdings muss hier noch einiges geschehen, da homosexuelle Paare zum Beispiel noch kein Recht auf Karenz haben, wenn sie ein Pflegekind nehmen. Wir haben bereits Vorhaben gestartet, in diesem Bereich auf eine Gleichstellung hinzuarbeiten.

Bei Pflegekindern bin ich sehr daran interessiert, dass mehr Kinder in Familien kommen, aber bei Adoptionskindern sehe ich aus der Sicht des Kindes keine Notwendigkeit hier etwas zu ändern.

Homosexuelle Paare fordern oftmals eine gleichgeschlechtliche Ehe. Denken Sie, dass sich die Haltung in Ihrer Partei als auch in der breiten Bevölkerung diesbezüglich ändern wird?

Die Unterschiede zwischen einer eingetragenen Partnerschaft und der Ehe sind einige Kleinigkeiten, abgesehen vom Erbrecht, der Obsorge, der Adoption, der Möglichkeit am Standesamt zusammenzufinden und dem Familienname sind beide ident. Letztere beiden wollen wir definitiv demnächst ändern; bei der Adoption sehe ich, wie bereits erwähnt, aus Sicht des Kindes keine Notwendigkeit, etwas zu ändern.

Lässt die derzeitige budgetäre Lage große Planungen im Bereich der Familienförderung zu?

Wir konnten bereits sehr viele zusätzliche Ausgaben im Familienbereich initiieren und wir können mit Stolz sagen, dass in keinem anderen Bereich so viel zusätzlich investiert wurde, wie bei Familien. Die Familienbeihilfe wurde um 830 Millionen Euro erhöht und in den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze über die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern haben wir 305 Millionen Euro investiert. Zusätzlich kommen noch 400 Millionen Euro, die zwar nicht in meinem Resort angesiedelt sind, Familien im Rahmen der außerschulischen Betreuung zugute. Bedenkt man, dass derzeit in vielen Bereichen Einsparungen notwendig sind, haben wir hier sichtlich aufgestockt. Zusätzlich kommt noch die Reform des Kinderbetreuungsgeldes, nämlich die Umwandlung in ein Kindergeldkonto.

Das AFA ist ja Mitglied der Bundesjugendvertretung (BJV), der gesetzlich verankerten Interessensvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Viele junge Menschen fühlen sich von der Politik ein wenig vernachlässigt. Gibt es Tendenzen dem entgegen zu wirken und z.B. die Jugendförderung anzuheben oder neue Projekte zu initiieren?

Grundsätzlich steht auch unser Resort unter finanziellem Druck und wir müssen ständig evaluieren, welche Projekte entsprechend unserer Strategie optimal aufgestellt sind. Deswegen sind wir froh, wenn wir alle Förderungen beibehalten werden können, aber das wird vom Finanzminister abhängen. Bei Projektförderungen setzen wir zwei Schwerpunkte – Medien-und Datenkompetenz sowie Unternehmerischen Handeln und der Berufseintritt – und möchten daher vermehrt Projekte aus diesen beiden Bereichen fördern.

Während viele Menschen immer älter werden und die Geburtenrate gering ist, fürchten viele junge Menschen politisch nicht ernst genommen zu wenden. Sehen Sie in Österreich eine Art Generationenkonflikt?

Es ist richtig, dass viele junge Menschen der Meinung sind, dass sie vielleicht nicht mehr über die staatliche Pension verfügen werden können, wie das jetzt der Fall ist, aber es ist nicht so, dass sie es der älteren Generation vorwerfen. Das sagen uns keine Umfragen. Junge Menschen fordern die Politik auf, dass es eine Pensionsreform geben muss.

Dass junge Menschen von der Politik nicht ernst genommen werden, würde ich pauschal nicht befürworten. Unsere Daten sagen, dass viele junge Menschen sich beteiligen wollen und an

Bernd Hermann mit Bundesministerin Dr. Sophie Karmasin

Entscheidungen und Projekten partizipieren möchten. Das Interesse und die Bereitschaft sich zu beteiligen sind hoch, aber ich denke, wir müssen, nicht den Inhalt betreffend, sondern die Art der Ansprache und der Partizipationsmöglichkeiten, noch mehr auf junge Menschen eingehen. Wir bemühen uns auch, über mehr Projekte einen jugendgerechten Zugang zu finden. Dies soll unter anderem über die sogenannte Jugendstrategie durchgeführt werden, die sehr stark Dialog orientiert und mit den Jugendlichen gemeinsam, unter anderen durch die Bundesjugendvertretung (BJV), arbeitet.

Ein besonders interessantes Projekt ist „eureprojekte.at“, das zum Beispiel die Eigenverantwortung, die Mitbestimmung und die Beteiligung junger Menschen stärkt. Über diese Plattform können Menschen Projekte einreichen, die dann von einer Fachjury im Ministerium bewertet werden und für die dann ggf. Geld freigegeben wird. Ziel ist es, Projekte zu unterstützen, ohne dass ein langer Behördenweg oder unnötige Bürokratie notwendig ist. Ein derartiges Projekt könnte zum Beispiel sein, dass eine Gruppe von Schülern eine Exkursion in den Wald unternehmen möchte, um etwas über Pilze und Moose zu lernen, jedoch für den Ausflug die Anreise oder eine Übernachtung in einem Zelt finanziert werden muss.

Viele Dank für das Gespräch!

Dr. Sophie KARMASIN ist seit Dezember 2013 Bundesministerin für Familien und Jugend. Die gebürtige Wienerin studierte Psychologie und Betriebswirtschaft und schrieb 1995 ihre Dissertation in Psychologie: „Konsumentenverhalten im Gesundheitsmarkt“. Sophie Karmasin war vor Ihrer Tätigkeit als Bundesministerin unter anderem geschäftsführende Gesellschafterin bei Das Österreichische Gallup Institut/Dr. Karmasin Marktforschung GmbH. und Karmasin Motivforschung GmbH.

„Wir leben immer noch in patriarchalen Gesellschaften“

Nico Büttner sprach mit Ulrike Lunacek kurz vor ihrer Wahl zur Vize-Präsidentin des Europaparlaments über ihre Pläne für die neue Legislaturperiode, Putins Besuch in Wien, die Situation Homosexueller und Transgender in Gesellschaft und Politik sowie über den Stand der Frauenemanzipation.

Frau Lunacek, Sie wurden vor wenigen Tagen von ihrer Fraktion als Kandidatin für das Amt der Parlamentspräsidentin vorgeschlagen. Welchen Themen möchten Sie sich mit diesem Rückenwind in der kommenden Periode verstärkt widmen?

Bei den Inhalten als Mitglied des Parlamentspräsidiums geht es mir vorrangig um vier Dinge. Wir brauchen in dieser EU als Erstes mehr Transparenz. Es braucht ein verbindliches und obligatorisches Register, in das sich alle Lobbyisten eintragen müssen. Ich möchte, dass alle Wege von Parlament, Kommission und Rat während der Gesetzwerdung transparent gemacht werden.

Als Zweites möchte ich darauf hinwirken, dass das Parlament nur noch einen Sitz hat, nämlich Brüssel. Dieser Wanderzirkus ist zwar der Ehre Frankreichs und auch Straßburgs als Friedensstadt geschuldet, aber einfach ineffizient. Ein Parlament, das sich ernst nimmt, muss dort tagen, wo die Entscheidungen getroffen werden. Außerdem kostet es viel zu viel Geld und betreibt den Klimawandel.

Als Drittes müssen wir gerade jetzt, nach der Zunahme von EU-Skeptikern und Extremrechten im Europaparlament, eine Ansage gegen zunehmende Nationalismen und Extremismen machen.

Viertens müssen Rat und Kommission das Parlament in Zukunft ernster nehmen. Ich habe immer noch oft den Eindruck, dass das Parlament dem Rat ein lästiges Nebengeleise ist. Das ist es aber seit dem Lissabon-Vertrag nicht mehr.

Zudem werde ich wieder im außenpolitischen Ausschuss sein und gerne weiterhin den Schwerpunkt Balkan machen. Meine außenpolitische Kompetenz möchte ich weiter einbringen, gerade auch angesichts der aktuellen Krise in der Ukraine.

Österreich empfing trotz der anhaltenden Krise in der Ukraine den russischen Präsidenten Putin mit militärischen Ehren. Russland wurde seit letztem Jahr auch wegen eines Gesetzes gegen “Homo-Propaganda” kritisiert. Stellen Österreich und die EU Wirtschaftsinteressen über Völkerrecht und Menschenrechte?

Ich und die österreichischen Grünen haben das sehr wohl so interpretiert. Ich weiß zwar, dass es sich um einen Gegenbesuch gegenüber eines früheren Besuchs Bundespräsident Fischers in Moskau handelte. Diesen Gegenbesuch hätte man aber schon noch einmal verschieben können, wenn solcher eine diplomatische Usance ist. Auch die militärischen Ehren sind angesichts der Toten in der Ostukraine mehr als unpassend. Zudem diente dieser Besuch vorrangig den Wirtschaftsinteressen.

Es gab keinen Besuch Putins im Parlament, um sich einer Debatte zu stellen. Es gab aber einen Vortrag Putins in der Wirtschaftskammer und es wurde der Vertrag zwischen Gazprom und der OMV für „South Stream“ unterzeichnet. „South Stream“ ist kein europäisches Projekt, es umgeht die Ukraine noch dazu. Das ist gerade in der jetzigen Situation ein falsches Signal. Ich finde, dieser Besuch war mehr als unpassend und ist eigentlich eines neutralen Landes nicht würdig. Als solches muss man auch mit Putin reden, aber nicht in dieser Form. Rauszugehen aus Öl und Gas erhöht auch die Möglichkeit für Österreich und die EU, sich in der Außenpolitik, aber auch in Menschrechtssachen stärker einzubringen.

Die von Ihnen erwähnte homophobe Gesetzgebung schürt Angst, Hass und Gewalt. Es sind mittlerweile deutlich mehr homophobe Gewalttaten in Russland geschehen, weil sich manche in der Bevölkerung durch solche Gesetze ermutigt fühlen, die das Sprechen über Homosexualität gegenüber Jugendlichen verbieten. Das ist absurd in einer modernen Welt.

Sie waren die erste Politikerin Österreichs, die sich als Lesbe outete, sowie über 10 Jahre Sprecherin für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender der Grünen im Nationalrat. Ihr deutsches Pendant, Volker Beck, berichtete über seine Anfangszeit als Politiker von Kollegen anderer Parteien, die ihm auf den Anrufbeantworter stöhnten. Ist man mit Ihnen zivilisierter umgegangen?

(lacht) Nein, solche Anrufe habe ich nicht bekommen. Ich bekomme immer noch hin und

Ulrike Lunacek und Nico Büttner

wieder hasserfüllte Mails, manche durchaus auch mit Drohungen gespickt – aber immer anonym. Jedoch hatte ich auch in der Anfangszeit eher den Eindruck, dass mir viele mit Respekt, Interesse und Neugier begegnet sind, als dass ich direkt homophobe Aussagen erlebt hätte.

Was die Leute hinter meinem Rücken geredet haben, weiß ich nicht – das will ich auch nicht wissen. Sicher gab es hin und wieder auch homophobe Äußerungen. Bei meiner ersten Rede im Nationalrat 1999 hat eine Abgeordnete der Freiheitlichen gemeint, sie wisse schon, dass die Gleichstellung mein persönliches Interesse sei, das könne aber doch nicht mein politisches Ziel sein.

Das ist nicht nur mein persönliches Interesse! Die Sichtbarkeit, die ich mit meiner Offenheit signalisiere, hat nichts damit zu tun, mit wem ich lebe und wie ich mein persönliches Leben gestalte. Ich weiß selber aus meiner „Coming out"-Zeit, wie es ist, wenn es rundherum niemanden gibt.

Sichtbarkeit ist wichtig für andere Lesben und Schwule, damit diese sich eher trauen, aber auch für Heterosexuelle, von denen mir immer noch welche begegnen, die sagen, sie würden ja niemanden kennen. Ich sage ihnen dann, dass sie sicher welche kennen, nur trauen sich diese nicht etwas zu sagen.

Wie schätzen Sie die heutige Lage Homosexueller und Transgender in Österreich und Europa ein?

In Österreich ist es schon um vieles besser geworden, seit ich damit zum ersten Mal konfrontiert wurde. Es ist aber immer noch nicht gut. Dass eine Conchita Wurst nach ihrem Erfolg von der breiten Bevölkerung gefeiert wird, hilft natürlich. Das hätte es vor 10 Jahren nicht gegeben. Das gilt auch für Gesamteuropa, sicher auch für die neuen Mitgliedstaaten, in denen es noch nicht ganz einfach ist.

Gleichzeitig sehen wir aber, dass auch diejenigen, die uns die von uns erkämpften Freiheiten nicht gönnen wollen, stärker werden. Ich finde, das hat mit der stärkeren Sichtbarkeit und den Gesetzen zu tun.

Aus heutiger Sicht: Ist die persönliche Homosexualität für das Fortkommen eines Politikers ein Bonus oder Malus?

(überlegt) Ich würde mir wünschen, dass es egal ist. Als ich in die Parteipolitik gegangen bin, war klar, dass es keine andere Partei gibt, in der ich sonst willkommen bin. Das gilt einerseits für meine Kompetenzen in der Außenpolitik, aber sehr wohl auch als Lesbe. Mittlerweile ist es sicher besser, es wird aber immer noch nicht als selbstverständlich gesehen. Insofern sollten sich junge Schwule und Lesben, wenn sie in die Politik gehen, schon genau überlegen, wie sie es angehen und auf jedem Fall damit offen umgehen.

Als ich in die Politik gegangen bin, hat mir mein Vater gesagt: „Gut, dass du das offen sagst, weil du darfst nicht erpressbar sein." Das würde ich allen raten. Nichts verheimlichen, das hat keinen Sinn und ist auch für das eigene Leben nicht gut.

Auf der diesjährigen Wiener Regenbogenparade wurden Sie Opfer eines Buttersäure-Angriffs. Zeichen eines konservativen Backlashs oder letztes vergebliches Aufbäumen?

(überlegt) Ich hoffe Letzteres. Ich bin seit 1996 jedes Mal in Wien dabei, so einen Vorfall hat es hier noch nie gegeben. Es war schon irritierend, dass das jetzt in Wien geschieht, dezidiert auch gegen mich. Ich war auf dem Wagen der Grünen und wurde gerade interviewt. Der Journalist und einige andere haben leider auch einiges abbekommen. Ich hoffe nicht, dass es Zeichen eines Backlashs ist, aber es ist schon auffallend, dass es bisher nie und jetzt doch passiert ist.

Bei der Eröffnungssitzung des 8. Europäischen Parlaments liegt dessen Frauenanteil bei 36 %. Zeichen einer in der europäischen Gesellschaft bis heute implizit vorhandenen Ungleichbehandlung?

Ja, die Ungleichbehandlung von Frau und Mann ist immer noch Tatsache. Wir leben immer noch in patriarchalen Gesellschaften. Es hat sich zwar schon vieles gebessert, aber auch die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern existiert weiterhin. Es gibt Studien, die besagen, dass es eben nicht nur daran liegt, dass Frauen mehr Teilzeit arbeiten oder in Berufe gehen, in denen der Verdienst geringer ist. Auch bei gleichen Positionen verdienen Frauen weniger.

Gerade vor einer Woche hat die Kommission die Mutterschutzrichtlinie zurückgezogen, weil es im Rat keine Bereitschaft gab, sie umzusetzen. Sie würde zu viel kosten. Wenn da nicht mehr geschieht, wenn auch Väter nicht mehr Verantwortung für die Kinder übernehmen und wenn auch das Thema in den Unternehmen nicht als wichtig angesehen wird, wird sich nichts ändern.

Ich weiß, dass das in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht immer einfach ist, aber da fehlt noch ganz viel. Und deswegen ist es immer noch wichtig, dass es sowohl Frauenförderpläne gibt, aber auch dass Frauen in die vorderste Reihe gehen und sich selber dieser Auseinandersetzung stellen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Mag. Ulrike LUNACEK ist Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Sie war von 1999 bis 2009 Abgeordnete zum Österreichischen Nationalrat und ist seit 2009 Abgeordnete zum Europäischen Parlament. Frau Lunacek war von 1996 bis 1998 Bundesgeschäftsführerin der GRÜNEN. Ulrike Lunacek absolvierte ein Dolmetschstudium für Englisch und Spanisch. Sie hatte ihr Coming-Out im Jahr 1980 und war die erste offen lesbische Politikerin im Nationalrat. Seit 1994 lebt sie mit einer gebürtigen Peruanerin zusammen.

„Es herrscht eine kriegerische Einstellung gegenüber Muslimen in Europa, die nie aufgearbeitet wurde."

Shirin Ghazanfari sprach mit Dr. Jaleh Gohari, einer iranisch-stämmigen Ärztin in Österreich, über Ihren Werdegang in Wien, iranische Familien und deren Traditionen sowie über Migration, Rassimus und Islamophobie.

Erzählen Sie uns doch bitte ein wenig über Ihren persönlichen und beruflichen Werdegang in Österreich. Wann sind Sie hierher gezogen? Worin sehen Sie Ihre persönlichen Beweggründe, sich intensiv für Frauenrechte zu engagieren?

Ich bin Ende 1955, zur Wiedereröffnung der Wiener Staatsoper, in Wien eingetroffen. Mein Beweggrund war auf der einen Seite, in Österreich Medizin zu studieren, auf der anderen Seite, das kulturelle Leben in Wien zu genießen. Ich habe das Theater und Musik schon immer geliebt und im „Nachkriegs- Wien", in das ich eingereist bin, war diesbezüglich sehr viel Angebot vorhanden. Gar nicht vorgesehen war, dass ich einen österreichischen Arbeitskollegen gegen Ende des Studiums heirate und hier bleibe.

Auch in der Kulturstadt Wien war stets die Rede davon, dass meine Tochter die Aufgabe hätte, mir in der Küche zu helfen. So sind, wenn ich zurückblicke, intuitiv erste Gefühle des Feminismus in mir aufgekommen.

Nach der Revolution kamen vermehrt Flüchtlinge nach Österreich, es waren sehr viele Frauen mit kleinen Kindern darunter. Unter ihnen hatten viele noch nie in ihrem Leben gearbeitet, geschweige denn die deutsche Sprache gelernt. Für mich war klar, dass diese Frauen Hilfe brauchten. Mitunter gründete ich dann gemeinsam mit einigen anderen Iranerinnen die Gesellschaft Unabhängiger Iranischer Frauen in Österreich.

Schülerinnen im Iran

Immer mehr ist die Ungerechtigkeit aufgefallen, die iranische Frauen im Beruf und der intellektuellen Tätigkeit alltäglich begleitete und bestimmend wurde. Alle diese Hintergründe bewegten mich dazu, mich vermehrt mit Frauenrechten auseinander zu setzen.

Wie sehen Sie die Entwicklung bei iranischen Frauen, wenn es um Integration geht? Welchen internen Schwierigkeiten müssen sie sich im Bezug auf ihre Familien stellen?

Städtische Iranerinnen gehen seit dem 19. Jahrhundert sehr auf die westliche Kultur zu, ich finde aber, dass das sehr oberflächlich stattfindet. Die oberflächlichen Freiheiten, wie beispielsweise der Kleidungsstil, werden adaptiert. Eine richtige Auseinandersetzung, um dorthin zu gelangen, wo europäische Frauen sind, hat früher im Iran nicht statt gefunden. Diese Auseinandersetzung – wenn auch kritisch – hat in der Gesellschaft mit der Revolution zugenommen.

Anfangs gab es Konflikte, denen sich junge Mädchen aus Immigrantenfamilien stellen mussten. Sie waren hin und her gerissen, ob sie sich nach den Wünschen der Eltern, also traditionell (nicht religiös, sondern nach iranischen Traditionen), richten sollten. Was darf ich und was nicht? Darf ich ausgehen? Alle diese Themen sind in der heutigen Gesellschaft in Österreich selbstverständlich.

Die Eltern dieser Mädchen wiederum wollten in Europa leben, aber ihre Mädchen wollten sie nach altiranischem Brauchtum erziehen, was zu weiteren Konflikten führte. An der nächsten Generation beobachte ich schon mehr Adaption. Wie alles im Leben braucht auch das seine Zeit.

Die iranischen Familien heute sehe ich als sehr angepasst. Phänomene wie die geringe Anzahl an Mischehen entstehen aus dem Drang einer Bewahrung von Reinkultur. Man lebt also an sich modern, fundamentale Werte bleiben aber dann doch traditionell.

Die gesellschaftlichen Aspekte Österreichs sowie das politische und religiöse Umfeld unterscheiden sich doch in einigen Bereichen von denen des Irans. Wie gelingt es Iranerinnen, sich in der österreichischen Gesellschaft einzufinden? Gibt es besonders einfache oder schwierige Bereiche?

Hier kommt man wieder zurück zum Adaptationsvermögen, das wir oberflächlich haben, aber eben nicht tiefgehend. Man begegnet hier einer Dualität der Werte, es gibt sehr viel Äußerliches, wo sich die Iranerin gut zurecht findet.

Unterscheiden würde ich Iranerinnen aus liberalen Familien und Iranerinnen, die der Revolution entstammen und den Islam ausgeprägter praktizieren. Das sind zwei verschiedene Welten.

Für Letztere ist es sehr schwer, sich zu integrieren, sogar Arbeit zu finden. Man betrachtet sie oft mit Verwunderung, schaut auf sie herab. Wir haben damals die GiF-Institution gegründet, um uns und diese Frauen in ein Netzwerk einzubringen. Ich bin der Ansicht, dass es mittlerweile viel mehr staatliche und städtische Institutionen gibt, die helfen. Die Frauensolidarität ist sehr ausgeprägt unter iranischen Migrantinnen.

Wie waren Ihre persönlichen Erfahrungen diesbezüglich?

Ich muss sagen, dass ich als Studentin hier in Österreich nichts von alledem zu spüren bekam, was man heute als Ausländerfeindlichkeit empfinden würde, was sicherlich zum Teil auf die damals geringe Anzahl der südlichen Migranten in Wien zurück zu führen ist. Aus diesem Grund wurden wir auch wie besondere Wesen, sozusagen wie „endangered species" angesehen.

Als Studentin habe ich das „Verschiedensein" ausgeblendet. Neben dem Studium habe ich Journalismus betrieben und war aus diesem Grund viel im Theater und in der Oper. Nachdem ich die deutsche Sprache nicht in einem

Deutschkurs gelernt hatte, sondern im Burgtheater, waren alle begeistert, weil ich mich gut artikulierte. Ich war immer interessiert, und genau das war der Grund, weshalb ich mir anfangs nicht schwer tat, ich wollte das Maximum aus der Gesellschaft herausbekommen und an Erfahrung gewinnen.

Ist Ihnen in Ihrem beruflichen oder sozialen Umfeld bisher mit Rassismus begegnet worden? Hatten Sie das Gefühl, dass Sie sich häufiger beweisen mussten, gerade weil Sie iranischer Herkunft sind?

Erst mit der Berufstätigkeit und dem Erziehen dreier Kinder habe ich Diskriminierung empfunden. Man hat es zwar nie offen angesprochen, unterläufig spürte ich es dennoch. Aber es hat sich alles sehr kultiviert abgespielt. Das, was sich jetzt abspielt, hab ich nicht erlebt. Die Reaktionen heutzutage sind viel extremer: Hass und Liebe eskalieren.

Ich habe Rassismus persönlich nie angenommen. Nicht annehmen, nicht bohren, das ist mein Rezept als Ärztin für die Gesellschaft. Wichtig ist es, die Interaktion mit den Leuten weiter zu suchen.
Bei der aktuellen Kopftuchdebatte vertrete ich denselben Standpunkt. Wenn man nicht so sehr bohrt, kommt man eher zu einer Lösung und muss es nicht gleich zu einem Konflikt ausarten lassen.

In Österreich lebten im Jahr 2013 zirka 20.000 Personen mit iranischem Migrationshintergrund. Sehen Sie eine besondere Veränderung der Migrationsgründe?

Früher studierte man tendenziell Medizin oder ging einem technischen Studium gezielt nach. Wenn man es aus dem Studiums-Blickwinkel betrachtet, lässt es sich vergleichen mit dem Europa der Zwischenkriegszeit. In der Zeit der Härte entsteht viel intellektuelles Material. Die Zahl der Schriftstellerinnen ist enorm gewachsen. Die Malerei sowie die Filmindustrie blühen auf, viele junge Iraner, darunter eine immense Zahl an Frauen, widmen sich der künstlerischen Tätigkeit. Auch die iranische Untergrundmusik strebt immer mehr auf.

Das österreichische Kulturforum in Teheran und die diplomatische Vertretung Österreichs haben eine wesentliche Rolle gespielt bei der Stärkung dieser Tendenzen. Das Kulturforum hat vor allem die deutschsprachigen Einrichtungen übernommen, die aus politischen Gründen abgeschafft wurden. Die letzten drei österreichischen Botschafter im Iran – ich hatte das Glück sie persönlich zu kennen – haben sich unglaublich engagiert, auf dem Gelände der Botschaft in der Residenz Konzerte und Ausstellungen zu veranstalten. Man möchte nun vermehrt Kunst studieren und leben.

Das Prayner Konservatorium und seine Aufnahmetests im Iran haben bewirkt, dass viele iranische Musikstudenten in Wien keine Visum- oder Aufenthaltsprobleme haben.

Die zunehmende Angst gegenüber Muslimen aufgrund jüngster Ereignisse in der islamischen Welt – nicht zuletzt aufgrund der Gründung des IS – wird auch im Alltag immer deutlicher. Wie empfinden Sie diese Entwicklung? Sind Sie der Ansicht, dass man gerade aufgrund orientalischen Aussehens anders behandelt wird?

Die Entwicklung ist schlimm. Es handelt sich hier um ein gesamteuropäisches Problem. Ich habe über zwei Jahre für die Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina gearbeitet und mich in dieser Zeit viel mit der Begegnung der katholischen und islamischen Welt beschäftigt. Es herrscht eine kriegerische Einstellung gegenüber Muslimen in Europa, die nie aufgearbeitet wurde. Es wird nicht gefragt, wieso die Leute herkommen, und man überlegt nicht, ob dieses Extra an Kulturgut nicht doch von Vorteil sein könnte.

Diese Gehässigkeit und Beharrung auf das Kopftuch ist nicht zielführend. Haben in früherer Zeit nicht die Klosterfrauen oder die Bauersfrauen Kopftücher getragen? Warum glaubt man hier plötzlich nicht an Freiheit? Es gibt keine breit gestreckten, konstruktiven Ansätze für eine Besserung. Es ist eine historische Antwort auf vieles, was in den letzten 200 Jahren geschehen ist zwischen Westen und Süden bzw. Osten.

Was wünschen Sie sich persönlich im Bezug auf die Zukunft iranischer Frauen außerhalb des Heimatlandes? Bedarf es Verbesserungen? Wenn ja, welchen?

Akzeptanz und Diversität allgemein in Europa. Ein besseres Auskommen miteinander verlangt Respekt. Man muss die Menschen und ihre Lebensweise in Frieden lassen. Jeder sollte das Positive im anderen Menschen erleben wollen, das bereichert das Leben.

Ich wünsche mir außerdem, dass sich iranische Frauen in der Diaspora mit iranischen Frauen in der vibrierenden aktiven Zivilgesellschaft im Iran auf empfindsame, positive Weise, ohne dass sie dem Regime den Anlass geben, von fremden Einwirkungen zu sprechen, vernetzen. Der Kontakt ist wichtig, um gemeinsame Probleme zu verstehen, sich gegenseitig zu unterstützen. Die Einstellung darf – vor allem aufgrund der jüngsten Ereignisse im Iran und der neuen Gewaltwelle – nicht sein „Ich bin im Trockenen, ich habe damit nichts zu tun“. Diesen Ansatz schulden wir der Gesellschaft.

Vielen Dank für das Gespräch!

Dr. Jaleh Gohari kam 1955 nach Wien um, Medizin zu studieren. Sie lehrte und arbeitete als Internistin an der Uni Wien. Nach Auslandsaufenthalten in den USA und im Iran arbeitete sie auch für die Vereinten Nationen. Jaleh Gohari war Mitbegründerin der „Gesellschaft Unabhängiger Iranischer Frauen in Österreich (GIF)“ und Mitinitiatorin von „Frauen ohne Grenzen“.

100 Years of Commercial Aviation – Targeting the Hazards of Flying

I am currently sitting at Taoyuan International Airport in Taiwan waiting for my flight to Hong Kong. A very favourable voice of a woman is announcing the upcoming departures, people are rushing by, running to their departure gates; the flights are mostly leaving for Asian cities. I still have plenty of time until boarding starts. However, having in mind the various recent incidents regarding airplanes – Malaysia Airlines flights MH 370 and MH 17, Trans Asia flight GE222, the suspension of flights to Israel - makes me think about aviation in general as well as the security in the air.

2014, we celebrate 100 years of commercial aviation. In 1914 Jannus established the first commercial airline company in the world and flew passengers across Tampa Bay, Florida. At that time planes were small and could only carry a few passengers. However, since Airbus designed its A 380, which is currently the largest airplane, more than 600 people can fly on a single plane. Nevertheless, aviation dates back even longer than that.

The history of aviation

Even though it is said that in Greek Mythology Daedalus und Icarus flew with wings made of wax and feathers and Leonardo Da Vinci painted flying objects such as airplanes and helicopters, it took many more years, until the first flight with a plane actually took place. In 1903 the Wright brothers finally invented the first airplane after various experiments, and humans eventually entered the era of aviation. Even though the first commercial cargo flight took place some years before the first commercial passenger flight, it was the year 1914 when the first commercial airline was established in the United States.

KLM (Koninklijke Luchtvaart Maatschappij), the Royal Dutch Airline, which was founded in the Netherlands in 1919, is not only one of the first airlines that were founded, but also the oldest that is still operating under the same name. On the one hand the Netherlands can be proud to have an airline that is 95 years old, on the other hand the country and its people are desperately sad, because their citizens represent the majority of people who died in the Malaysia Airlines MH 17 crash.

Whereas Boeing, one of the two major airplane manufacturers, was originally founded under a different name by the son of a German immigrant in the United States in 1916, Airbus, its European rival, was founded in 1970 by French and German companies. Nowadays, travelling with airplanes has become a daily routine, with hundreds of millions of passengers using them every year.

Safety on board and security in the air

Everyone who has already been aboard an airplane knows that before take-off the air company shows a video and/or the flight attendants give explanations on how to behave during the flight and in case of an emergency. Even though this is a very important issue, this is not the way I want to continue in this article. I would like to focus on the security issues.

Security plays an important role at airports and in the flying industries. Especially after 9/11, lots of airports strengthened their security systems and since then, have become much stricter in controlling passengers and luggage. Back in the days when commercial aviation started, not even all pieces of luggage were checked on a regular basis, and metal detectors, as we know them today from airports all around the world, were used.

However, as more people started to use airplanes as a way of transportation, security became more important. Today, there is a long list of items one is not allowed to carry on a plane and liquids have recently been limited in quantity when taking them as carry-on luggage.

International Organizations and authorities

Basically, every country has the duty to guarantee the security in its airspace and issue warnings if necessary. However, there are several International Organizations concentrating on flying as well as security issues, and all of them want to work together to make flying more secure.

Today, the International Civil Aviation Organization (ICAO), a UN specialized agency that was created in 1944 upon the signing of the Convention on International Civil Aviation (Chicago Convention), works with 191 member states and global aviation organizations to develop

The first planes were really little compared to the latest ones

A model of a Boing 747 of Malaysia Airlines at Kuala Lumpur International Airport

international the Standards and Recommended Practices (SARPs) which states reference when developing their legally enforceable national civil aviation regulations.

The International Air Transport Association (IATA), which was founded in Havana, Cuba in 1945, is the trade association for about 240 international airlines which make up around 84% of total air traffic.

The international Canadian-based organization, Airports Council International (ACI) has five regional offices worldwide and promotes professional excellence in airport management and operations. It counts 591 regular members operating more than 1860 airports in 177 countries with around 5.9 billion arriving and departing passengers worldwide.

The Civil Air Navigation Services Organization (CANSO) represents the interests of Air Navigation Service Providers (ANSPs), such as Austro Control, that in total are responsible for around 85% of the world air traffic.

All of the organizations mentioned are questioned to continuously find new guidelines to support security in the air and to prevent incidents such as MH 17.

Safe flight routes above territories with armed conflicts?

Even though flying is said to be the safest way of transportation, accidents and incidents happen on a regular basis. Of course we need to say that, for instance, car crashes happen every day but only local media report about them. Plane crashes occur very seldom but media all around the world concentrate on them because more people are affected and sometimes terrorists are involved.

However, more can still be done in order to protect passengers while flying. I have always been wondering why plane routes lead above territories in which armed conflicts take place. Every day large numbers of civil airplanes fly across such areas, parts of Ukraine and Iraq for instance. Some air companies avoid areas like these, others use them in a height where it is said to be safe. However, in the case of MH 17 we saw that an allegedly safe height was not safe enough, a human catastrophe occurred and left thousands of relatives and friends in sadness for their loss.

After incidents like this, of course airlines react, which is good, but in this case it was too late since one plane had crashed. In regard to MH 17, but without blaming one side or the other of the shoot-down, the question has to be: “Why are planes flying over areas with armed conflicts, irrespective of the flying height or the rules of local authorities who give permission to fly over the territory?”

What can be done to prevent catastrophes like this?

Regions, such as the European Union, could establish a law that does not allow airlines based in the European Union or airlines that are flying from or towards an airport within the EU to fly across areas with armed conflicts, similar to the “100ml liquid regulations” which at first only were binding for the EU and the U.S. and now are introduced probably everywhere around the world.

In my point of view, it has to be discussed whether civil air companies should be allowed to fly over areas in which armed conflicts take place.

Changing flight routes obviously affects the industry since flight times extent and prices therefore rise. However, human beings might be at less risk when flying.

To sum up, aviation is one of the most interesting achievements in the world but still, there can be done more in order to make it more secure and convenient for the passengers.

Bernd HERMANN works for the Foreign Policy and United Nations Association of Austria (UNA-AUSTRIA) and voluntarily runs the Vienna branch of the United Nations Youth and Student Association of Austria - Academic Forum for Foreign Affairs (UNYSA-AUSTRIA-AFA). Before that he has run the AFA Business Negotiation Club (BNC) in Austria. Apart from that Bernd is editor-in-chief of the magazine Global View. Bernd is interested in foreign policy, international relations and other cultures.

„Die Geschichte der EU ist eine Geschichte der Krisen."

Daniela Scheiblhofer interviewte Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik zum Thema "Europa 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs" nach einem Vortrag bei der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN).

Herr Prof. Teltschik, was waren Ihrer Meinung nach in den vergangenen 25 Jahren seit dem Fall des Eisernen Vorhanges die wichtigsten Ereignisse europaweit?

Zuerst sind hier sicherlich die Fortschritte in der Europäischen Integration zu nennen. Es ist zu einer Vertiefung hinblicklich einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik gekommen. Hier steht klar die Einführung des Euro im Vordergrund, die Wirtschaftsunion haben wir allerdings verfehlt.

Weiters waren die Erweiterung der Europäischen Union und die Erweiterung der NATO wichtige Ereignisse. Aus meiner Sicht haben sich auch die Beziehungen zu Russland sehr positiv angelassen: Es wurde der NATO-Russland Rat eingerichtet und Russland ist mittlerweile auch Mitglied in der WTO. Außerdem kam es zum Partnerschaftsabkommen Europas mit Russland, welches aber leider nicht erneuert wurde. Es war hier schon das Ziel, Russland miteinzubinden.

Wenn Sie die Stimmung in Europa von damals mit heute vergleichen, was hat sich Ihrer Ansicht nach verändert?

In den Jahren 1989 bis 1991 haben wir eine Revolution erlebt. Das Sensationelle an dieser Revolution war, dass dabei kaum Schüsse gefallen sind. Die Revolution war beinahe gewaltfrei.

Europas Vielfalt

Prof. Dr. Teltschik bei seinem Vortrag für die ÖGAVN im Mai 2014

Heute, 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, sehen wir ein geeintes Deutschland, das wieder seine volle Souveränität besitzt und ein geeintes Europa. Es hat sich auch das bipolare System aufgelöst. Danach wurde der Warschauer Pakt fast lautlos beendet. Das haben viele gar nicht mitbekommen im März 1991. Ebenso hat niemand die daran anschließende Auflösung der UdSSR erwartet.

All das hat schon Euphorie ausgelöst und wir hatten eine intensive Diskussion über eine Friedensdividende. Das war noch bevor der Balkankrieg begonnen hat und diese Dividende wieder weg vom Tisch war.

Aber wir hatten im November 1990 eine Vision, die wir noch zu Papier gebracht haben: Alle 35 Staats- und Regierungschefs der damaligen KSZE haben die berühmte Pariser Charta für ein Neues Europa unterzeichnet. Diese Charta, die bis heute gültig ist, enthält eine Reihe von Prinzipien, wie wir Europa gestalten wollten. Sie enthält auch erste Versuche einer Institutionalisierung, z.B. die Einrichtung eines jährlichen Außenministerrates, der allerdings nie zustande gekommen ist. Eine solche Institution hätten wir jetzt im Fall der Ukraine gut gebrauchen können.

Was war der Anlass für die Pariser Charta? Welche Zielsetzungen gab es und inwieweit wurden diese bislang erfüllt?

Für mich war das eine Vision, die mich an Martin Luther King erinnert hat, als er gesagt hat „I have a dream". Es war der Traum von einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, die von Vancouver bis Wladiwostok reicht. Die Vision war das sogenannte gemeinsame Haus, in dem jeder die gleiche Sicherheit genießt. Das war für mich unglaublich schön.

Leider haben wir das verpasst. Mittlerweile fragt man sich: Was bleibt uns noch von der einstigen Vision? Meiner Meinung nach sollte auch heute noch dieses gemeinsame europäische Haus das Ziel sein. Gerade Krisen von Außen zwingen uns dazu, uns in diese Richtung zu bewegen.

Inwieweit ist Europa wirklich geeint, gerade im Hinblick auf die europäische Außenpolitik? Welche Chancen gibt es für eine gemeinsame europäische Außenpolitik?

Eine wichtige Frage damals war, ob die Europäische Union vertieft oder erweitert werden sollte. Die Entscheidung fiel darauf, beides parallel

zu versuchen. Die Erweiterung war eine historische Chance für Europa, ebenso die Erweiterung der NATO. Heute stellt sich allerdings die Frage, ob wir auch in der Vertiefung Europas gut genug waren.

Ich glaube, dass die Ukraine ein Hebel ist für die Europäer, darüber nachzudenken und sich einzugestehen, dass wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen. Wenn man sich auf dem Maidan umgesehen hat, dann wurden dort keine deutschen Fahnen, keine französischen oder polnischen Fahnen geschwenkt, sondern europäische Fahnen.

Man hat nicht nach einem einzelnen, starken europäischen Staat gerufen, sondern nach Europa. Das heißt von Außen ist der Anruf gekommen: „Wir wollen Teil Europas sein!“ Und nicht: „Wir wollen Teil Deutschlands oder Polens sein!“

Und daher bin ich der Meinung, dass dieser Prozess des geeinten Europas durch internationale Krisen herbeigeführt wird. Ebenso denke ich auch, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise die Europäer zwingt, sich im Wirtschafts- und Finanzbereich zu vergemeinschaften. Deswegen bin ich ein Anhänger von Krisen in der Europäischen Union. Ich bin ein Fan von Krisen.

Wenn Sie sich die Geschichte der EU ansehen, dann sehen Sie, dass die Geschichte der EU eine Geschichte der Krisen ist. Und ich glaube, dass die derzeitige Ukrainekrise, genauso wie die Wirtschafts- und Finanzkrise, ein Weckruf ist, dass man endlich mehr und enger außen- und sicherheitspolitisch zusammenarbeitet.

Was halten Sie in diesem Zusammenhang von dem polnischen Vorschlag einer europäischen Energieunion?

Darüber wird zwar gesprochen aber, es ist leichter davon zu sprechen, bevor man es dann wirklich tut. Die Energiepolitik in Deutschland ist eine andere als in Frankreich. Ich bin mittelfristig schon dafür, dass wir in diese Richtung gehen, aber ich halte es jetzt im Moment nicht für vorteilig.

Sollte dann eher auf eine Stärkung von bereits vorhanden Institutionen gesetzt werden, z.B. die des European External Action Service?

Das Problem beim European External Action Service ist, dass wir einen Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs haben, welche der Meinung sind, dass sie allein die Entscheidungen treffen sollten. Im Fall der Ukraine war High Representative Madame Ashton durchaus aktiv, ebenso während des Arabischen Frühlings.

Sie hätte aus meiner Sicht von Anfang an ihr Gewicht verstärken können, indem sie auf diesen Reisen z.B. den deutschen, französischen oder britischen Außenminister mitgenommen hätte. Um damit zu zeigen, dass hier wichtige Nationen mit dabei sind. Sie kann langfristig allerdings nur an Gewicht gewinnen, wenn sie auch mal voraus marschiert. Eine Koordination mit allen 28 Außenministern, wie es Frau Ashton öfters erwähnt, trägt nicht dazu bei. Es kann vielleicht sein, dass ihr dann einer der Außenminister widerspricht, aber sie kann sich zumindest als Führungsperson versuchen.

Aus meiner Sicht müsste sie das tun. Denn dadurch macht sie erst auf sich aufmerksam. Wenn über ihre Entscheidung gestritten wird, wird sie dadurch erst bekannt, was auch nicht schaden kann. Aber wenn ich mir vorstelle, sich mit 28 Außenministern abzustimmen, dann ist die Krise vorbei, bevor man sich mit allen abgestimmt hat. Da fehlt ihr meiner Ansicht nach noch der Mut.

Vielen Dank für das Gespräch!

Prof. Dr. Horst Teltschik mit Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel

Dr. Horst TELTSCHIK ist ehemaliger außenpolitischer Berater des deutschen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl. Er war Vorsitzender der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik und ist Honorarprofessor an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität München. Derzeit fungiert Teltschik als „International Consultant“.

Land Grabbing in Afrika

Der weltweite Kampf um Grund und Boden spitzt sich zu. Fruchtbares Land wird in Zeiten steigender Weltbevölkerung, Unterernährung, Bodendegradierung, globalisierter Profitmaximierung und Nahrungsmittelspekulation immer begehrter - nicht nur für lokale Bauern und Bäuerinnen, auch für Großunternehmen und Nationalstaaten. Oftmals mit verehrenden Folgen.

Land Grabbing – also die unrechtmäßige Aneignung von Boden – geht ungebremst weiter, insbesondere seit der Nahrungsmittelkrise 2007/08 (FIAN 2014). Die Landnahmen erfolgen dabei in der Regel durch ökonomisch bzw. politisch starke Akteur/innen und werden typischerweise durch Staaten bzw. staatsnahe Unternehmen durchgeführt, aber auch private Investor/innen (z.B. Hedge-Fonds), LandwirtInnen und Privatpersonen zählen zu den Käufer/innen bzw. Pächter/innen.

Zu umfangreichen Transaktionen kommt es dabei laut International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Entwicklungs- und Schwellenländern, beispielsweise in Angola, Äthiopien, Brasilien, Laos, Madagaskar, Nigeria, Sudan oder aber auch in der Türkei und Ukraine (Von Braun und Meinzen-Dick 2009).

Spätestens als der südkoreanische Konzern Daewoo Logistics Corporation vor einigen Jahren ernsthaft über eine 99-jährige Pacht von rund 1,3 Millionen Hektar Land in Madagaskar (Gesamtfläche: 58,7 Mio. ha) für den Anbau von Mais- und Ölpalmplantagen für die südkoreanische Bevölkerung verhandelte, ist Land Grabbing ein Thema öffentlichen Interesses (Human Rights Advocats 2009). Wie groß die auf diese Art und Weise tatsächlich veräußerte Fläche ist, ist nicht exakt bekannt. Trotz hoher Intransparenz solcher Deals schätzt die Weltbank die Gesamtzahl auf 47 Mio. Hektar (2010), das Global Land Project spricht von 63 Mio. Hektar und das Netzwerk Land Deal Politics Initiative von insgesamt 80 Mio. Hektar (2011). Oxfam bewertet die Gesamtfläche im Jahr 2011 sogar auf 227 Mio. Hektar (Pearce 2012). Im Vergleich dazu: Österreich hat eine Gesamtfläche mit der Größe von 8,39 Mio. Hektar.

Welche Motive stecken hinter Land Grabbing?

Die Beweggründe für unzulässige Landnahmen – vor allem für jene, die außerhalb des eigenen Staatsterritoriums stattfinden – sind divers und komplex. Dennoch können einige Hauptmotive ausgemacht werden. Auf der einen Seite streben kaufende bzw. pachtende Länder, die selbst wenig eigene Anbauflächen besitzen, oftmals die Erhöhung der Ernährungssicherheit für die eigene Bevölkerung an oder wollen bereits eingetretenen bzw. künftig erwarteten Landverlust aufgrund des Klimawandels durch den Erwerb von Land in anderen Staaten kompensieren.

Steht der tropische Regenwald vor dem Ausverkauf?

Profitorientierung sowie Spekulation mit Land spielen vielerorts ebenso eine Rolle wie etwa die Sicherung von Wasserrechten. Genauso bedeutend ist die Produktion von tierischen Futtermitteln und Treibstoffen aus agrarischen Rohstoffen auf günstig zu bewirtschaftenden Großflächen (Adam 2011).

Auf der anderen Seite erhoffen sich Verkäufer/innen bzw. Verpächter/innen zusätzliche Finanzeinnahmen zur Schuldentilgung. Des Weiteren werden dadurch die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Investitionen in die heimische Infrastruktur erwartet. In manchen Fällen ist darüber hinaus persönliche Bereicherung als Motiv für unrechtmäßige Landvergaben zu erkennen (Adam 2011).

Risiken und negative Folgen

Offenkundig ist zu beobachten, dass Investor/innen bei Landgeschäften auf Staaten mit schlechter Regierungsführung abzielen. Sie kaufen bzw. pachten dort Grund und Boden, wo – basierend auf schwacher politischer Durchsetzungskraft lokaler Regierungen – niedrige rechtsstaatliche Standards vorzufinden sind. Zwischen 2000 und 2011 wurden in insgesamt 56 Ländern Landübernahmen registriert. (Oxfam2013)

Rund 75 Prozent der betroffenen Staaten weisen, angelehnt an die Weltbankindikatoren (Rechtsstaatlichkeit, Mitspracherecht, Rechenschaftspflicht, Korruptionskontrolle und staatliche Regulierung), eine besonders schlechte Regierungsführung auf (Oxfam 2013).

Neben möglichen Chancen durch Landübernahmen für die „Zielländer“ (z.B. Wirtschaftswachstum, Steuereinnahmen) und dort ansässigen

Menschen (z.B. Infrastrukturverbesserungen, Beschäftigungsmöglichkeiten) zeigen sich oftmals negative Auswirkungen für die lokale Bevölkerung. Dabei stehen die Einschränkung bzw. der Verlust des Zugangs und Kontrolle über das „eigene" Land sowie andere Ressourcen (v.a. Wasser) an vorderster Stelle. Aufgrund des tendenziell niedrigen Bildungsniveaus, der Korruption und fehlender Rechtsinstrumente mangelt es der lokalen Bevölkerung oftmals an notwendigen Mitteln, um sich gegen Land Grabbing zu schützen (Ökosoziales Forum 2009).

Darüber hinaus werden vielerorts mittel- bis langfristig zunehmende Preissteigerungen von (fruchtbaren) Böden und eine Intensivierung des Wettbewerbs um Wasser erwartet. Dies kann speziell für Kleinbauern und -bäuerinnen dramatische Folgen mit sich bringen (Ökosoziales Forum 2009).

Äthiopien: Verstoß gegen das Menschenrecht auf Nahrung?

In Äthiopien sind seit Jahren großflächige Landnahmen mit schwerwiegenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen zu erkennen. Das Land, in dem rund 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, (U.S. Department of State 2012) welche rund 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften (FAO 2011), erfuhr in den vergangenen Jahren einen agrarpolitischen Wandel.

Nachdem in der Vergangenheit die Entwicklung der heimischen Kleinbauern und -bäuerinnen unterstützt wurde, werden aktuell diese staatlichen Ausgaben gekürzt und das Hauptaugenmerk auf ausländische Großinvestor/innen gelegt. Die internationalen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment) nehmen von Jahr zu Jahr größere Ausmaße an. Laut Schätzungen wurden auf diese Weise bis Jänner 2011 insgesamt 3,6 Mio. Hektar Land vergeben, also etwa ein Viertel der 15,4 Mio. Hektar großen Gesamtproduktionsfläche (Oakland Institute 2011).

Die äthiopische Regierung propagiert zudem eine äußerst investitionsfreundliche Politik, die

Investitionen in die lokale Infrastruktur Ostafrikas

sich in freizügigen Deregulierungsmaßnahmen wiederfindet (z.B. Aussetzung der Mindestkapitaleinlage, Befreiung von der Einkommenssteuer, Exportsteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer auf Exportgüter für Investor/innen). Zusätzlich gibt es für investierende Unternehmen leichten Zugang zu Krediten der äthiopischen Entwicklungsbank, keine Beschränkung des Kapital- und Gewinnabflusses und keine Beschränkung bei der Anzahl ausländischer Arbeitnehmer/innen.

Die Obst- und Blumenerzeugung, die Herstellung von Agrotreibstoffen, sowie die Lebensmittel- und Fleischproduktion zählen zu den begehrtesten Investitionssektoren des Landes, die zumeist als großflächige industrielle Agrarwirtschaften organisiert sind.

Empirische Studien legen dar, dass dabei oftmals Profitmaximierung und Exportorientierung im Vordergrund stehen, der Zugang zu Nahrung jedoch für die lokale Bevölkerung nur gering verbessert wird. Der Großteil der Investor/innen produziert Güter für den Export in ihre Heimatländer, beispielsweise für Indien, Saudi Arabien und zahlreiche EU-Mitgliedstaaten.

Diese Entwicklungen machen die lokale Lebensmittelversorgung teilweise unmöglich und bringen somit das Menschenrecht auf Nahrung und in weiterer Folge die nationale Ernährungssicherheit Äthiopiens stark in Gefahr (Reisenberger 2011).

Florian LEREGGER studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement sowie Agrar- und Ernährungswirtschaft an der Universität für Bodenkultur. Der gebürtige Wiener ist ehemaliger Vorsitzender des Ökosozialen Studierendenforums Österreich (ÖSSFO) und arbeitet am Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE). Als Trainer und Referent widmet er sich darüber hinaus der Bewusstseins- und Weiterbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Bereichen „Umwelt & Nachhaltigkeit" und „Entwicklungszusammenarbeit".

Studienreise nach Sankt Petersburg

Weiße Nächte, unzählige UNESCO-Weltkulturerbestätten, die tiefste U-Bahn Europas. Eine Stadt, durchzogen von Kanälen, die wie Blutadern das Leben pulsieren lassen. St. Petersburg strahlt wie zur Zeit der großen Zaren.

Das AFA kann zwar schon auf einige schöne Reisen zurückblicken, aber in den letzten Jahren verlagerte sich das Programm vermehrt auf Ausbildungsprojekte und wöchentlich wiederkehrende Veranstaltungen. Aus diesem Grund war es Bernd Hermann, unserem Vorstandsvorsitzenden in Wien, ein großes Anliegen wieder einmal eine Studienreise zu organisieren. Als wir das Reiseziel aus oben genannten Gründen festlegten, vertraute Bernd mir den Hauptteil der Organisation der Studienreise an, welche ich mit großer Freude übernahm.

Im Zuge der Recherchen und der Auswahl der zu besichtigenden Stätten, konnte ich tief in die interessante und ereignisreiche Geschichte Russlands und insbesondere der Stadt St. Petersburg, welche für lange Zeit das politische und gesellschaftliche Zentrum des Zarenreiches war, eintauchen.

Als schließlich das Programm fixiert war und die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich angemeldet hatten, veranstalteten wir einen Abend in einem russischen Lokal in Wien, an dem in lockerer Atmosphäre das Programm der bevorstehenden Reise präsentiert wurde, die Teilnehmer sich unter einander kennenlernen konnten und die ersten Fragen geklärt wurden.

Peterhof

Die Reise kann beginnen!

Am Tag der Abreise trafen wir uns am Flughafen in Wien-Schwechat, wo jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer, 20 Personen insgesamt, ihren/seinen Pass mit einem Visum und das Flugticket bekam. Voller Vorfreude machten wir uns auf den Weg nach St. Petersburg. Am Flughafen St. Petersburg Pulkovo angekommen, trafen wir eine junge russische Studentin, die uns in den kommenden Tagen alles außerhalb der Stadt Gelegene zeigen sollte. Während des Wartens auf unseren Shuttlebus, der wegen der Straßen-sperren aufgrund des Aufenthaltes von Vladimir Putin in der Stadt, etwas Verspätung hatte, lernten wir unsere Reiseleiterin besser kennen und erfuhren, dass sie zwar aus Russland kommt, aber derzeit in Wien lebt und Dolmetsch studiert.

Auf dem Weg quer durch die Stadt zu unserem Hotel auf der Vasilievski-Insel, einer von 42, über die sich St. Petersburg erstreckt, erfuhren wir schon sehr viel Interessantes über das Leben und die Leute der Stadt.

Im Hotel angekommen bezog jeder sein/ihr Zimmer und ruhte sich kurz von der Reise aus bevor wir den Abend in einem netten kleinen Lokal in unmittelbarer Nähe des Hotels ausklingen ließen. Der Abend hatte für uns alle jedoch noch eine Überraschung parat, denn wir staunten nicht schlecht, als uns beim Verlassen des Lokals die Sonne ins Gesicht schien. Dies lag nicht etwa an unserem langen Aufenthalt im Lokal, sondern am einzigartigen Naturschauspiel der sogenannten Weißen Nächten, für welche St. Petersburg weltbekannt ist.

Das AFA in Sankt Petersburg

Auf den Spuren von Staatsmännern und Künstlern

Wir begannen unseren zweiten Tag mit einer Metrofahrt. Die nicht enden wollenden Rolltreppen, die einen in Tiefen von bis zu 110 Meter bringen, sind eine Attraktion für sich. Ebenso die reichlich geschmückten, an Paläste erinnernden Auskleidungen der Stationen selbst. Wir fuhren einmal quer durch die Stadt zum Alexander Nevski-Kloster, auf dessen beiden Friedhöfen wichtige Politiker und eine Vielzahl berühmter Künstler begraben liegen. Nach dem Besuch einer Markthalle, in der es typisch russische Spezialitäten zu kaufen gab, stand der Rest des Tages jedem zur freien Verfügung.

Paläste, Fontänen und Bernstein

Nach dem Frühstück holte uns an diesem sonnigen Samstagmorgen ein Bus vor dem Hotel ab. Es ging am Flughafen vorbei, entlang dem Finnischen Meerbusen zur Palastanlage von Peterhof. Doch nicht der Palast selbst zieht an diesem Ort die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich, sondern die mit unzähligen Fontänen und Wasserspielen ausgestatteten Parkanlagen, welche Peter der Große 1714 erbauen ließ. Nach einem Spaziergang durch die Anlage fuhren wir weiter, um das oft als achtes Weltwunder bezeichnete Bernsteinzimmer zu sehen. Durch die guten Beziehungen unseres russischen Reiseveranstalters konnten wir an der wartenden Touristenmenge einfach vorbeigehen und dadurch die tolle Atmosphäre des Palastes und des Bernsteinzimmers länger genießen. Vollbeladen mit Eindrücken machten wir uns danach auf den Heimweg.

Kunst soweit das Auge reicht

Nach St. Petersburg zu fahren und den Winterpalast mit der darin untergebrachten Kunstsammlung der Eremitage nicht zu besuchen, wäre wohl eine Sünde. Deshalb verbrachten wir einen großen Teil unseres vierten Tages in den unzähligen Räumen dieses riesengroßen Museums. Um uns danach von der beinahe einengenden Masse an Kunst zu erholen, stiegen wir auf die Kuppel der Isaakskathedrale, von welcher aus man einen freien Blick über die Stadt genießen kann.

Geschichte, Politik und Gesellschaft

Der letzte Tag vor unserer Abreise war angebrochen. Wir begannen ihn am Gründungspunkt der Stadt St. Petersburg. Die Peter-Paul-Festung ist das erste Gebäude, das 1703 im Auftrag von Peter dem Großen errichtet wurde.

Unsere Entdeckungsreise führte uns weiter in das nahegelegene Museum für Politische Geschichte Russlands, wo wir einer sehr interessanten Führung beiwohnten. All die Politik spülten wir anschließend bei einem Besuch des Vodkamuseums bei einer Verkostung dieses russischen Nationalgetränkes hinunter, bevor wir unsere Reise auf einer Bootstour durch die Kanäle ausklingen ließen.

Zurück in die Heimat

Der letzte Tag war wieder ein reiner Reisetag. Abgesehen von einer ungewollten Sportstunde am Frankfurter Flughafen, an dem wir im Dauerlauf das Terminal wechseln mussten, gab es keinerlei Unregelmäßigkeiten und wir kehrten alle glücklich und sicher nach Wien zurück.

Für mich war diese Reise eine große Herausforderung. Eine Gruppe von zwanzig Personen zu betreuen, bedarf sehr viel Organisation und ständiger Aufmerksamkeit. Trotz der Anstrengungen überwiegt jedoch die Freude über das gelungene Projekt. Ich möchte mich bei meinen Kollegen und allen, die zum Gelingen der Reise beigetragen haben, sowie bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern recht herzlich bedanken!

Gallus BURTSCHER studiert an der Wirtschaftsuniversität Wien und interessiert sich darüberhinaus insbesondere für Außenpolitik, sodass sein Weg schnell zum Akademischen Forum für Außenpolitik - Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) führte, wo er sich ehrenamtlich engagierte und schließlich auch dem Vorstand des Teams in Wien angehörte.

Der Kampf für Sicherheit und gegen Terror - Einblick in eine verschlossene Welt

Sicherheit ist eines der zentralen Themen, die die Welt bewegt. In vielen Regionen der Welt herrschen andere Sicherheitsstandards als bei uns, aber auch in Europa gibt es Bemühungen, mehr für das friedliche Zusammenleben zu tun.

Das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA) beschäftigt sich mit diesem Thema in seinen verschiedensten Facetten und hat dazu eine Konferenz, die AFA Security Days, in Wien organisiert, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern verschiedene Organisationen und deren Arbeitsweisen vorzustellen und den jungen Studierenden einen Einblick in diese sonst so verschlossene und geheime Welt zu geben.

Bernd Hermann, Vorstandsvorsitzender des AFA-Wien, organisierte die Konferenz gemeinsam mit seinem Team an drei aufeinander folgenden Tagen. Es gab nicht nur Vorträge und Diskussion mit Expertinnen und Experten, sondern auch einen Besuch bei der Polizeisondereinheit WEGA.

Podiumsdiskussion zum Thema "Sicherheit in Österreich"

Im Rahmen des Besuchs bei der WEGA erklärte Kommandant Oberst Ernst Albrecht die Arbeitsweise und die Struktur der Sondereinheit der Polizei und erzählte auch von persönlichen Eindrücken. Die Studierenden des AFA durften im Anschluss an die Präsentation nicht nur mit Oberst Albrecht diskutieren, sondern auch die Waffenkammer besichtigen.

Nach dem Besuch bei der WEGA eilten die Studierenden in die Wiener Hofburg, wo sie den Nachmittag in geheimer Mission mit der Journalistin und Buchautorin Mag. Judith Grohmann verbrachten. Frau Grohmann gab einen intimen Einblick in die verschlossene Welt von Polizeispezialeinheiten im Kampf gegen Verbrechen und Terror. Sie berichtete von ihren Erlebnissen, als sie die Teams der weltbesten Spezialeinheiten der Polizei für Recherchezwecke für ihr neu erschienenes Buch „In geheimer Mission" begleiten durfte.

Nach zahlreichen Eindrücken zur polizeilichen Sicherheit wurde der Abend genutzt, um die Erlebnisse Revue passieren zu lassen. Am nächsten Tag stand eine Podiumsdiskussion am Programm, bei der verschiede Protagonisten der typischen Verbrechensbekämpfung eingeladen waren. Der ehemalige Leiter des Wiener Sicherheitsbüros, Mag. Max Edelbacher, gab einen Einblick in die klassische Verbrechensbekämpfung der Polizei. Richterin Dr. Beate Matschnig erklärte den Studierenden, wie der Weg eines vermeintlichen Verbrechers von der Festnahme durch die Polizei bis hin zum Gericht und der Verurteilung aussieht, und gab einen Einblick in ihre Arbeit als Jugendrichterin am Straflandesgericht Wien. Mag. Krista Schipper, die ehemalige Leiterin der Justizanstalt Wien-Simmering, berichtete über ihre Tätigkeit und den Alltag in einer Justizanstalt.

Das AFA zu Besuch bei der Polizei Sondereinheint WEGA

Neben polizeilicher und gerichtlicher Sicherheit wurde der dritte Tag der Security Days der militärischen Sicherheit gewidmet. Neben dem Direktor der Diplomatischen Akademie Wien, Botschafter i.R. Dr. Hans Winkler, der über die völkerrechtliche Bedeutung von Drohneneinsätzen im Rahmen des Internationalen Clubs der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) referierte, erzählte General i.R. DI Mag. Günther Greindl den Studierenden von seiner langjährigen Erfahrung als leitender UNO-Blauhelmsoldat.

Danke Axel! - Ein persönlicher Abschied von Dr. Axel Wüstenhagen

Mit dem am 23. Jänner 1942 in Hamburg geborenen Österreicher, der am 06. Juli 2014 in Wien verstorben ist, verliert die ÖGAVN ihr langjährigstes Vorstandsmitglied. Dr. Axel Wüstenhagen war nicht nur für die ÖGAVN aktiv, sondern unterstützte insbesondere auch die Jugendarbeit und lebte für den Geist der Vereinten Nationen. Michael Klampfl, AFA-Vizepräsident, verabschieded sich.

Axel war ein bemerkenswerter Mensch, zu dem ich immer aufblicken werde. Wir haben oft über seinen beruflichen Werdegang gesprochen, der ihn von der Liga für die Vereinten Nationen hinein in die Öffentlichkeitsarbeit der VN selbst gebracht hat. Dort führte ihn der Weg von Wien ausgehend durch Athen, den Nahen Osten, nach Bonn und schlussendlich wieder zurück nach Wien.

Axel hat mir einmal erzählt, dass er die Möglichkeit gehabt hätte, nach New York zu gehen, doch er wollte lieber in Europa bleiben. „Es dauert zwar länger, hier Karriere im UN-System zu machen, dafür ist man unabhängiger, wenn man nicht in New York sitzt", hat er einmal zu mir gesagt, als wir in Genf bei einem Fondue-Essen über die Karrieremöglichkeiten bei den VN gesprochen haben. Dies verkörperte auch seine Philisophie, die vor allem Unabhängigkeit umfasste, was für Axel ein wichtiger Punkt war, denn er hatte die bemerkenswerte Gabe, keinerlei Scheu davor zu haben, Verantwortung zu übernehmen.

Diese Philosophie zog sich auch durch sein Privatleben, zumindest die Aspekte davon, die ich kennenlernen durfte. Er hatte auch eine bemerkenswerte Art von Humor und bediente sich des Öfteren des unterschwelligen Sarkasmus, was vor allem auf Konferenzen und Sitzungen den Alltag ungemein erleichterte.

UNO Experten: Peter Launsky-Tieffenthal, Christine Stix-Hackl, Axel Wüstenhagen, Janos Tisovszky

Axels größte Stärke lag jedoch in seiner Begeisterung für die Vereinten Nationen und internationale Politik und seinem damit verbundenen Drang, ständig etwas tun zu wollen. Er wurde 2013 zum Vizepräsidenten der WFUNA gewählt und anstatt sich zurückzulehnen, hat er den Vorstand der Organisation kräftig aufgemischt und sogar eine Task-Force gegründet, um die Verfassung der Organisation zu überarbeiten. Was er auch nur in die Hand nahm, machte er mit Präzision und Begeisterung.

Ich bin sehr dankbar für jede Sekunde, die ich mit ihm verbringen und von ihm lernen durfte. Er war immer zur Stelle, wenn man ihn brauchte oder Fragen hatte, und seine Antworten werden mein Leben noch nachhaltig beeinflussen.

Danke Axel, du wirst immer einen Platz in unserer Mitte haben!

Axel Wüstenhagen begann seine UNO-Karriere 1972 als Mitarbeiter der UNO-Hauptabteilung für Öffentlichkeitsarbeit (DPI) und später als Information Officer bei der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Wien. Anschließend war er von 1985 bis 1990 Senior Information Officer und Stellvertreter des Direktors des Informationsdienstes der Vereinten Nationen (UNIS) in Wien sowie dessen Direktor von 1993 bis 1996. Wüstenhagen war auch Direktor der UNO-Informationszentren in Athen (1990-1993) und Bonn (1996-2003).

Er verfasste zahlreiche Artikel und Beiträge für diverse Bücher über die Vereinten Nationen und war Vortragender zu UNO-Themen an den Universitäten Linz und Salzburg. Ebenso war er Mitglied verschiedener Fachverbände wie etwa der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN), dem Academic Council on the United Nations System (ACUNS) und im Weltverband der UN-Gesellschaften (World Federation of United Nations Associations, WFUNA).

Who will manage my career?

I will. Starting with a Master's degree at Webster University.

Expand your horizons and advance your critical thinking skills with a first-class Master's degree from an American and Austrian accredited university. Webster Vienna offers quality programs and flexible scheduling with evening classes. Join inquisitive and multi-cultural students, and connect with Webster's truly international campus and alumni networks.

Be prepared. Be valuable. Be world-ready.

Webster UNIVERSITY

Vienna
Private University

4 Continents, 8 Countries, 60 Cities, 1 University

webster.ac.at